

**Horst Mahler, Ulrich K. Preuss,
Deserteur-Kollektiv
BIG LIFT oder
Freiheit für die Deserteure**

25

Voltaire Flugschrift



Horst Mahler, Ulrich K. Preuss,

Deserteurs-Kollektiv

BIG LIFT oder Freiheit für die Deserteure

Mit einer Ausarbeitung des Verbandes der
Kriegsdienstverweigerer Frankfurt und einer
Chronologie der Berliner Ereignisse

Ulrich K. Preuss, Rede auf dem Teach-in vom 8.8.69	3
Horst Mahler, Rede auf dem Teach-in vom 8.8.69	7
Manfred Grashof, Einige Überlegungen zur Frage der Desertion	11
Chronologie	21
Dokumentation:	
Fernschreiben des Generalinspektors der Bundeswehr zur Behandlung von Kriegsdienstverweigerern	35
Der Verband der Kriegsdienstverweigerer, Frankfurt, zur Strategie der Bundeswehr-Kampagne	39

Genossinnen und Genossen, wenn wir morgen früh die Zeitungen aufschlagen werden, dann wird es - wenigstens in den Berliner Zeitungen - eine bestimmte Schlagzeile geben, nämlich die Schlagzeile, daß unsere Rechtsposition von den Alliierten desavouiert worden ist, daß die Senatsposition und die Position der Alliierten einheitlich dahingehen, daß der Ausflug der Deserteure und derjenigen, die sich der Wehrpflicht entzogen haben, legal war. Ich stelle dazu zunächst folgendes fest:

Wir haben in mehreren Flugblättern und sonstigen öffentlichen Verlautbarungen klargestellt, daß der demilitarisierte Status Berlins es keineswegs erlaubt, die Deserteure nur deswegen, weil sie rechtlich - formal gesehen - noch als Angehörige einer Streitmacht angesehen werden können, dieser Streitmacht zuzuführen. Der demilitarisierte Status Berlins dient dazu, eine „schwarze Bundeswehr“ oder eine „schwarze“ deutsche Wehrmacht auf Berliner Boden zu verhindern. Diejenigen Genossen, die aus politischen Gründen oder aus Gewissensgründen die Bundeswehr verlassen haben, sind in keinem Falle diejenigen, die sich hier zu einer „schwarzen Bundeswehr“ in Westberlin formieren werden. Daher ist die Ausweisung dieser Genossen aus Westberlin ein ganz klarer Verstoß gegen den Sinn des entmilitarisierten Status Westberlins. Welche Konsequenzen das für uns hat, dazu komme ich gleich.

Ich stelle zweitens fest: Selbst wenn man sich einmal auf den Standpunkt der Alliierten stellt, daß Deserteure formal Angehörige einer Streitmacht sind und deswegen nicht ihren Wohnsitz dauernd in Berlin nehmen dürfen, so steht fest, daß diese Personen allenfalls aus Berlin nach einem Ort ihrer Wahl ausgeflogen werden dürfen, in keinem Falle aber ihrem Heer wieder zugeführt werden dürfen. Denn wenn es stimmt, daß Deserteure ihren Wohnsitz nicht in Berlin nehmen dürfen, so folgt daraus keinesfalls, daß sie in der Bundesrepublik wohnen müssen bzw. der Bundes-

wehr zugeführt werden müssen. Das sind zwei verschiedene Fragen. Deserteure sind zu behandeln, wie wenn man einen Ausländer abschiebt, und nach anerkannten Regeln des Völkerrechts sind abgeschobene Ausländer an den Ort abzuschicken, den sie sich wünschen - auch hier also ein ganz klarer Verstoß gegen völkerrechtliche Normen. Wir können uns vorstellen, wieso es zu einer so schnellen Einigung zwischen den Alliierten und der Bundesregierung sowie dem Senat gekommen ist: Es ist klar, daß die Vereinigten Staaten, die augenblicklich einen imperialistischen Krieg führen und die Giftgase lagern, daß diese Vereinigten Staaten selbstverständlich das Problem der deutschen Deserteure aus ihrer Sicht betrachten, d.h. sie haben Probleme mit ihren eigenen Deserteuren in Stockholm, in Paris, in Berlin, in anderen Städten und anderen Ländern, so daß sie gezwungen sind, auf dem Wege der Selbstverteidigung - auch unter Bruch eigener Normen - die Frage der Bundeswehr-Deserteure so zu behandeln, wie die ihrer eigenen Deserteure und wie es die Bundesrepublik wünscht, die ihrerseits die Bundeswehr zum Einsatz im „inneren Notstand“ vorbereitet hat und die ebenfalls Versuche mit chemischen Kampfmitteln anstellt und die ebenfalls die Bundeswehr dazu benutzen wird, eine allgemeine innenpolitische Disziplinierung vorzubereiten, um unter Umständen auch für außenpolitische Fälle gerüstet zu sein. Zum zweiten ist festzustellen, daß die ökonomische Potenz der Bundesrepublik es offenbar vermocht hat, die Alliierten England, aber auch Frankreich dazu zu bewegen, ihre eigenen Normen zu brechen.

Das sind beides noch Feststellungen, die den juristischen Status betreffen. Nun haben viele Genossen in den letzten Tagen gefragt, wieso wir eigentlich uns zu Befürwortern der Aufrechterhaltung des alliierten Status aufwerfen. Ich stelle dazu fest, daß es keineswegs unsere Intention ist, uns hier zu einem Sachwalter der alliierten Souveränität in Berlin aufzuwerfen. Vielmehr hat die Berufung auf den demilitarisierten Status für uns keine juristische, sondern in erster Linie eine politische Bedeutung, wenn die juristischen Argumente uns auch dazu dienen, den politischen Kampf zu forcieren und Unsicherheit in die Herrschenden zu bringen und durch diese Schwächung der herrschenden Parteien, die an diesem Spiel beteiligt sind, unsere eigene politische Strategie durchzusetzen. Diese sieht folgendermaßen aus: Wir wissen, daß der demilitarisierte Status Berlins als eine Regelung der antifaschistischen Koalition im Abkommen von Potsdam einen sichtbaren Ausdruck gefunden hat. Wir wissen ebenso gut, daß dieses Potsdamer Abkommen mittlerweile ein Fetzen Papier ist, weil die antifaschistische Front zerbrochen ist, weil die Bundesrepublik selbst sich in einem zunehmenden Prozeß der Faschisierung befindet und weil das Bündnis dieser faschisierten Kräfte innerhalb der Parteien, vor allem innerhalb der CDU, mit entsprechenden Gruppen vor allen Dingen in den USA dieses Papier ad absurdum geführt hat. Das alles wissen wir, also hängen wir nicht in einer sentimentalen Anwandlung dem

Potsdamer Abkommen an. Aber wir wissen, daß der entmilitarisierte Status für den Kampf, den wir hier in Westberlin gegen die zunehmende Gleichschaltung Westberlins mit der Bundesrepublik führen, gegen die zunehmende Militarisierung und Faschisierung dieses Landes, uns einen Ansatz bietet, den die Genossen in der Bundesrepublik nicht haben. Wir wissen, daß durch diese Kampagne in Berlin spezielle Konflikte und Verunsicherungen stattfinden, einerseits zwischen Senat und Alliierten, andererseits zwischen Senat und Bundesregierung, weiterhin zwischen Bundesregierung und den Alliierten und nicht zuletzt unter den Alliierten. Das heißt mit anderen Worten: Wir haben eine Chance, innerhalb des verflochtenen Kartells der Machtausübung nicht nur in der Bundesrepublik, sondern im gesamten Bereich der NATO einschließlich der USA Verunsicherung zu schaffen, die uns einen Ansatzpunkt bietet, unsere Kampagne gegen die zunehmende Faschisierung und Militarisierung der Bundesrepublik voranzutreiben. Konkret bedeutet das, daß, nachdem durch die Verabschiedung der Notstandsgesetze viele Genossen erkannt haben, daß die Bundeswehr ein Instrument der Disziplinierung und des Klassenkampfes von oben ist, die Frage, die zwanzig Jahre geruht haben mag und niemanden in Berlin hinter dem Ofen hervorgehockt hat, daß diese Frage des Status Westberlins aktuell geworden ist. Das bedeutet: Die Frage des alliierten Status bzw. des demilitarisierten Status ist für uns das Problem, daß die allgemeine politische Entwicklung in der Bundesrepublik im Orte Berlin eine spezielle schwache Stelle hat, und an dieser schwachen Stelle setzen wir an. Wir führen diese Kampagne, nicht weil wir eine isolierte Berlin-Politik betreiben, weil wir irgendwelche Berlin-Modelle vertreten, möglicherweise unter der Oberherrschaft der Alliierten, im Wege eines superbürokratischen Arrangements der vier oder drei Mächte, einschließlich der Marionetten in Bonn und Berlin, sondern die juristisch von uns aufgeworfene Frage beinhaltet die politische Frage, wie wir die schwache Stelle, die Berlin im sozialökonomischen System der Bundesrepublik und der gesamten westdeutschen, imperialistischen Politik darstellt, ausnutzen für unseren Kampf. Und daher bedeutet das für unsere nächsten Aktionen: Es ist selbstverständlich, daß unsere Aktionen überhaupt nur dann einen Sinn haben, wenn wir die Verbindung mit der Bundeswehrkampagne in der Bundesrepublik finden. Zum anderen ist diese Kampagne nur sinnvoll, wenn wir sie konkretisieren im Hinblick auf die Agitation gegen Kriegsforschung in der Bundesrepublik oder möglicherweise auch in Westberlin sowie gegen die Lagerung chemischer Kampfstoffe; das heißt, daß wir diese Kampagne konkretisieren in einer Anti-Militarismus-Kampagne, die sich möglicherweise und hoffentlich ausweitet in eine allgemeine antikapitalistische Politik, deren Gegner als vorgeschobener Exponent einer reaktionären Politik vor allem die Bundeswehr ist. Für die taktischen Schritte, die wir in den nächsten Tagen und Wochen erwägen, ist folgendes zur Diskussion zu stellen: Zunächst einmal die Initiierung einer Kampagne an den Orten, an denen die Genossen

Deserteure augenblicklich in Westdeutschland einsitzen. Zum anderen aber auch die Agitation unserer Genossen in den Ländern, die hier die alliierten Vorbehaltsrechte wahrnehmen, d.h. unserer Genossen in England, in Frankreich und in den Vereinigten Staaten. Das ist eine konkrete Möglichkeit, diese Genossen einmal auf die Funktion ihrer eigenen Regierungen in dem internen Klassenkampf der Bundesrepublik aufmerksam zu machen. Zum dritten aber auch die Frage, wie wir die Pilotengewerkschaften und die Flug-Gesellschaften, vor allen Dingen die Fluggesellschaften, auf die geltenden Normen des Flugverkehrs aufmerksam machen können. Wir können hierzu feststellen, daß es im internationalen Flugverkehr keineswegs Brauch ist, Leute gegen ihren Willen von einem Ort zum anderen zu transportieren. Wir werden diesen Punkt in den nächsten Tagen noch erheblich forcieren.

Schließlich beharren wir auf unserer Forderung, daß die Genossen, die ausgeflogen worden sind, sich illegalerweise in Haft befinden und illegalerweise der Bundeswehr zugeführt werden, zurückgeführt werden oder zumindest an einen Ort geführt werden, den sie sich wünschen und der sicherlich nicht eine Untersuchungs-Haftanstalt in der Bundesrepublik ist.

HORST MAHLER

Teach-in am 8. August in der Technischen Universität Westberlin

Die offizielle Billigung der Handlangerdienste des Berliner Senats für die Bundeswehr durch die westlichen Besatzungsmächte verletzt eindeutig das Potsdamer Abkommen und die heute noch in Westberlin geltenden Entmilitarisierungsgesetze des alliierten Kontrollrates.

Lange vor dieser Stellungnahme der Alliierten haben wir in unseren Analysen herausgearbeitet, daß letzten Endes die Herrschenden ihre Privilegien und ihre Machtpositionen gegen die emanzipatorische Bewegung der Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten nur um den Preis der Verletzung ihrer eigenen Rechtsnormen noch für eine gewisse Zeit aufrechterhalten und absichern können. Insofern ist die "Auslegung" der Entmilitarisierungsgesetze durch die Alliierten, die nichts weiter ist als ein zynisches Wortspiel gegen den Sinn und Zweck dieser Gesetze, keine Überraschung. Wir registrieren diesen Rechtsbruch.

Zum ersten Mal seit Jahren haben damit die Besatzungsmächte in Westberlin wieder in die Interessen und Rechte der sozial-emanzipatorischen und antifaschistischen Bewegung eingegriffen. Der Widerstand dieser Bewegung muß sich daher gegen sie in gleicher Weise richten wie gegen die einheimischen Repräsentanten und Institutionen des kapitalistischen Systems.

Aufgrund der Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses seit 1945 haben die westlichen Siegermächte ihr Interesse an der Verwirklichung des Potsdamer Abkommens verloren. Auch die Sowjetunion ist aus naheliegenden Gründen in wesentlichen Punkten von diesem Abkommen abgerückt. Das kann uns aber nicht daran hindern in Westberlin, wo die Proklamation Nr. 2 des Kontrollrats und das Kontrollratsgesetz Nr. 8 als Gesetze, die die wesentlichen Grundsätze des Potsdamer Abkommens in rechtsverbindlicher Form konkretisieren, noch gelten, die progressiven Elemente dieses Abkommens aufzunehmen und den Anspruch zu erhe-

ben, daß Westberlin ein entmilitarisiertes Gebiet bleibt und Westberliner Behörden und Organisationen jegliche Unterstützung der Remilitarisierung der Bundesrepublik bei Strafe verboten bleibt. Wir erheben ferner den Anspruch, daß entsprechend der Deklaration von Potsdam alle faschistischen Organisationen und Aktionen niedergehalten werden und jede politische, insbesondere strafrechtliche Verfolgung von Personen und Organisationen, die an Widerstandsaktionen gegen die Faschisierungstendenzen in der Bundesrepublik und in Westberlin teilgenommen haben, in Westberlin verboten bleibt, und daß dieses Verbot beachtet wird. Das bedeutet, daß wir langfristig nicht nur fordern, daß künftig niemand, der sich der Bundeswehr entzieht, aus Berlin ausgeliefert werden darf; sondern auch fordern werden, daß künftig keine politisch Verfolgten unter dem fadenscheinigen Vorwand der Amts- und Rechtshilfe an die sich zunehmend faschistoid-autoritär entwickelnde Bundesrepublik ausgeliefert werden.

Mit der Verwirklichung dieser mittel- und langfristigen Forderungen werden wir in Westberlin für den Kampf gegen die Faschisierungstendenzen in der Bundesrepublik im besonderen und gegen das kapitalistische System in Westdeutschland im allgemeinen einen Freiraum schaffen, von wo aus die Genossen ihren Widerstand organisieren und wohin jene Genossen notfalls ausweichen können, die in diesem Kampf Objekte staatlicher Repressionsmaßnahmen geworden sind.

Die Lösung dieser Aufgabe ist vordringlich und nur durch organisierte Anstrengungen zu leisten. Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat in den letzten Monaten deutlich eine Beschleunigung der Faschisierungstendenzen gezeigt.

Das, was heute die reaktionären Generäle der Bundeswehr erklären, was Strauß und Kiesinger im Wahlkampf über die beabsichtigte Behandlung der sozialistischen Opposition und über eine angebliche Bürgerkriegssituation sagen, ist genau das, was sie meinen und was sie übermorgen tun werden. Ihre Reden von heute haben die Funktion, das psychologische Klima zu schaffen, in dem schließlich die illegale und gewaltsame Liquidation der Sozialisten und Liberalen von wesentlichen Teilen der Bevölkerung als notwendig und legitim empfunden wird. Dieser Entwicklung muß rechtzeitig mit organisiertem militantem Widerstand begegnet werden. Dieser Widerstand wird selbstverständlich auf die Gewaltmaßnahmen der Herrschenden stoßen. Aus dieser Situation ergibt sich für die sozialistische Bewegung in Westberlin die vordringliche Aufgabe und Verpflichtung gegenüber unseren westdeutschen Genossen, die taktischen Vorteile der Situation in und um Westberlin zu nutzen für die Schaffung einer "partiell befreiten Zone" mit Elementen einer Doppelherrschaft als Stützpunkt und Rückzugsgebiet für den Kampf gegen den Faschismus und seine sozialökonomischen Grundlagen in der Bundesrepublik.

Da diese Funktionsbestimmung Westberlins weder den Interessen der westlichen Besatzungsmächte entspricht noch in das Koexistenzkon-

zept der Sowjetunion paßt und sich zudem an der "Anerkennungsneurose" der DDR-Regierung reibt, können wir nicht damit rechnen, daß die sich anbahnenden Berlinverhandlungen der Großmächte zu einer befriedigenden Fixierung des besonderen Status Westberlins führen werden. Die sozialistischen Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten in Westberlin müssen daher den Anspruch erheben, stellvertretend für die objektiven Lebensinteressen der produzierenden Bevölkerung in Westberlin und in der Bundesrepublik durch die Entfaltung des politischen Widerstandes zum Subjekt der Westberlin-Frage zu werden. Dieser Widerstand muß verdeutlichen, daß es angesichts der Entwicklung in der Bundesrepublik nicht mehr möglich ist, die Westberlin-Frage über die Köpfe der Betroffenen hinweg zu regeln. Die relative Stärke der in der Entstehung begriffenen sozialistischen Bewegung in Westberlin läßt eine konkrete Voraussage zu: Es wird keine befriedende, keine die innere Entwicklung in Westberlin beruhigende und die ökonomischen Interessen der Bevölkerung sichernde Berlinlösung geben, die nicht die Existenzinteressen der sozialistischen Bewegung in der Weise berücksichtigt, daß in Westberlin eine Verfolgung der sozialistischen Kräfte wegen ihres Widerstandes gegen die Unterdrückung des antikapitalistischen Kampfes unterbleibt. In diesem Sinne haben wir die Grundsätze des Potsdamer Abkommens von 1945 über die antifaschistische und demokratische Entwicklung in Deutschland aufzunehmen; denn wer, wenn nicht wir, sollte es sonst tun? Wir allein haben die Möglichkeit zum Subjekt dieser Entwicklung zu werden. Wir müssen diese Rolle bewußt wahrnehmen.

MANFRED GRASHOF
EINIGE ÜBERLEGUNGEN ZUR FRAGE DER DESERTION

Seit über 8 Monaten lebe ich illegal in West-Berlin. Kurz nach Verlassen meiner Einheit wurde gegen mich ein Haftbefehl erlassen, der im weiteren Verlauf der Fahndung den West-Berliner Justizbehörden mit der Bitte um Rechts- und Amtshilfe zugeleitet wurde.

Dank der Anfang November 1968 von dem Genossen Rechtsanwalt Mahler eingereichten Feststellungsklage gegen das Land Berlin, ist es mir und einer größeren Anzahl weiterer Deserteure gelungen, mehr oder weniger unbehelligt zu leben.

Dadurch, daß wir die Justiz und insbesondere die westlichen Alliierten zum ersten Male dazu gezwungen haben, das Problem der Desertion nach West-Berlin öffentlich zu behandeln, wurde die latente Unsicherheit der Exekutivorgane mehr als deutlich: Seit Eingang der Klage wurden keine Fälle von Amts- und Rechtshilfe, sprich Auslieferungen, bekannt.

Ich möchte in diesem Aufsatz zur Frage der Desertion selbst keine Stellung beziehen, weil ich glaube, daß die technischen Aspekte eines solchen Unterfangens nicht zu verallgemeinern sind und sich von Fall zu Fall individuell lösen lassen. Die wichtigsten Motive meiner Fahnenflucht waren:

1. Die Verabschiedung der Notstandsgesetze; ich sehe hierin eine Manifestierung der seit Jahren zu beobachtenden Entwicklung der Bundeswehr von einer Defensivtruppe zur Polizeiarmee.
2. Die in der Praxis nur noch als Farce zu bezeichnende INNERE FÜHRUNG.
3. Die Erkenntnis, als Soldat der Bundeswehr ein Werkzeug der Imperialisten und Faschisten zu sein.

4. Die sich bei mir bemerkbar machende Gefahr einer zwanghaften Integrierung. In Gesprächen mit anderen Deserteuren habe ich feststellen können, daß diese Motive bei fast allen fahnenflüchtig gewordenen Soldaten eine Rolle gespielt haben. Wesentlicher als das Motiv scheinen mir jedoch die sich ergebenden Konsequenzen zu sein. Wie kann der Deserteur in seiner neuen Umwelt leben? Zum Verständnis der Wichtigkeit dieser Frage muß ich einschieben, daß wir am Beginn einer neuen Entwicklung stehen, oder besser, am Anfang einer sich in jeder revolutionären Entwicklung notwendig ergebenden Phase des Lebens und Organisierens im Untergrund.

Wir stehen bereits heute vor der Tatsache, daß sich allein in West-Berlin eine Gruppe von ca. 120 Deserteuren aufhält, deren Lebensbedingungen die denkbar schlechtesten sind, deren Lebensformen aber gerade deswegen einige analytische Bemerkungen zulassen. Ausgehend davon, daß die seit einiger Zeit mit gutem Erfolg laufende Bundeswehr-Kampagne der westdeutschen Verbände die Desertion als Mittel zur Bekämpfung des Systems nicht ausschließt, wir daher mit einem Ansteigen der Fluchtquote rechnen müssen, ergibt sich die Notwendigkeit einer Diskussion möglicher Konsequenzen für die linke Bewegung.

Grundsätzlich ist dazu zu bemerken, daß eine Desertionskampagne nur sinnvoll ist, wenn sie den potentiellen Genossen Zugang zum Bewußtwerdungsprozeß und damit zur revolutionären Arbeit schaffen kann. Es hat sich klar gezeigt, daß es ein Fehler war, zu glauben, daß diejenigen, die bereits fahnenflüchtig geworden sind und damit ganz konkret den Bruch mit der Gesellschaft vollzogen haben, von ihrem Bewußtsein her ohne Schwierigkeiten in den revolutionären Prozeß miteinbezogen werden können.

Wenn ich über die Erfahrungen und Beobachtungen, die ich seit meiner Flucht an mir selbst gemacht habe, reflektiere, so glaube ich, zukünftigen, im weiteren als Helfergruppen bezeichneten Kadern, folgende Überlegungen zur Diskussion stellen zu müssen.

Die sozialen und ökonomischen Probleme

Wenn wir als richtig ansehen, daß der Großteil der Deserteure aus sozialen Schichten kommt, die ihnen ein langfristiges aufklärerisches Arbeiten in der Truppe nicht ermöglichen konnten, weil sie als Nicht-Abiturienten das für dauerhafte subversive Tätigkeit notwendig starke Bewußtsein unter den derzeitigen Bedingungen nicht entwickeln konnten, müssen wir darauf eingestellt sein, bei den einzelnen Ex-Soldaten auf mögliche Sozialisierungsprobleme zu stoßen. Hierbei spielen Alter, Herkunft, Beruf und militärischer Rang eine entscheidende Rolle. Die Helfergruppe muß darüber - wenn möglich - von Anfang an orientiert sein. Sie muß weiterhin in der Lage sein, eventuell vorhandene soziale Komplexe rechtzeitig zu erkennen und diese Erkenntnis zu berücksichtigen.

Wir kennen dieses Phänomen des bürgerlichen Klassen- und Statusdenkens von der Agitation anderer Zielgruppen her hinreichend. Wir sind daher über die verschiedenartigsten Ressentiments, die uns immer aus allen Kreisen der Bevölkerung entgegengebracht werden, informiert. Der Deserteur, der zu uns kommt, wird in jedem Fall mit Skepsis, wenn nicht sogar Mißtrauen behaftet sein. Die Skepsis ist berechtigt und muß zunächst für jeden von uns verständlich sein, es müßte aber möglich sein, alle irrationalen Argumente in diesem Punkt zu klären und zu widerlegen, ohne abstrakt theoretisieren zu müssen.

Mißtrauen ist von seiten des Deserteurs insofern angebracht, als daß er den auf diesem Gebiet arbeitenden Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition beträchtliche Fehler nachweisen kann, die leicht hätten vermieden werden können, deren Auswirkungen jedoch für den Einzelnen zum Teil schwere Folgen hatten. Wenn der "Linken" daran gelegen ist, den Beweis für den oft zitierten Anspruch der Menschlichkeit zu erbringen, dann bietet sich hier die Gelegenheit, nur sollten wir nicht mehr allzulange damit warten. Durch praktische und demonstrative Anschauung müssen wir versuchen, den tatsächlich einzig gültigen Maßstab menschlicher Beurteilung zu vermitteln. Der Deserteur muß erkennen, daß beispielsweise Klassenzugehörigkeit der Eltern, Abitur oder Studium kein ausschlaggebendes Kriterium in der ihn von nun an umgebenden Gemeinschaft ist. Er muß erkennen können, daß es auch außerhalb des Militärs Kameradschaft gibt, eine, die sich jedoch von der anderen insofern grundlegend unterscheidet, als daß sie nicht ein zwanghaftes Mittel zur Linderung der Repression ist, sondern echte Kameradschaft, genannt Solidarität, die nicht von Profiten und Wohlwollen abhängt. Weiterhin muß ihm, der vorher ausschließlich in autoritären oder hierarchistischen Dimensionen gedacht, zumindest jedoch gehandelt hat, der Begriff **Autorität und Disziplin** mit neuen Inhalten vermittelt werden. Nicht zuletzt diese beiden **Säulen militärischer Macht** waren es, die ihn, weil normativ aufgezwungen, zur Fahnenflucht trieben. Ich kann von mir sagen, daß ich diese Begriffe von Anfang an abgelehnt habe, weil ich sie nie anders als zwanghaft empfunden habe. Der Trend, als Deserteur in einen chaotischen Antiautoritarismus zu verfallen, ist zwar erklärlich, ihm muß durch Diskussion jedoch schon im Ansatz begegnet werden. Diese bei Deserteuren schon häufig gemachte Beobachtung muß umso stärker im Auge behalten werden, als sich die Gefahr eines völligen Umschlagens von bis dato erfahrener permanenter Unterdrückung in eine "Flower-Power-Leck-mich-am-Arsch-was-geht-mich-die-Welt-an" Ideologie als äußerst groß erwiesen hat.

Natürlich ist es zum anderen ein Unding, von sich selbst und den Genossen, die wir ja zum Teil selbst noch in der Entwicklung unseres Bewußtseins befindlich sind, tagtägliches therapeutisches Verhalten zu verlangen. Andererseits bietet sich hier die Möglichkeit, echte revolutionäre Praxis

zu leisten, die im Hinblick auf die Schaffung einer Massenbasis modellhaften Charakter haben kann. Der Deserteur ist kein spezifischer Menschentypus, dessen Behandlung einer speziellen Therapie bedarf. Er ist vielmehr, wenn man so will, der Prototyp einer innerhalb unserer Strategie gewollt überlaufenden Masse, auf die wir vorbereitet sein müssen, wenn wir verhindern wollen, daß die neue "Bewegung" als "elitäre Totgeburt" in der Versenkung verschwindet, ohne jemals Einfluß auf die Geschichte genommen zu haben.

Engels hat in seinem "Anti-Dühring" gesagt, daß der Militarismus an den Konsequenzen seiner eigenen Entwicklung zugrunde gehen wird. Er folgerte diese Tatsache aus den allen Militärapparaten der Staaten notwendigerweise innewohnenden dialektischen Bewegungsgesetzen. Dabei war die Überlegung ausschlaggebend, daß die ökonomische Macht der entscheidende Faktor der militärischen Entwicklung sei.

Theorie: Das Militär ist ein Instrument der politischen Gewalt. Sie wird vermittelt durch den Faktor der ökonomischen Macht. Der Einsatz des Instrumentes Militär ist nur möglich durch die Herrschaft von Menschen über Menschen. Das setzt einen entsprechend großen ökonomischen Machtfaktor voraus.

Folgerung: Herrschaftsverhältnisse hängen von dem Vorhandensein einer ökonomischen Macht ab. Die Herrschaftsverhältnisse innerhalb eines Militärapparates unterliegen den gleichen dialektischen Bewegungsgesetzen, wie wir sie in der gesamten Herrschaftsstruktur der ökonomisch hochentwickelten kapitalistischen Länder finden. Der politische Stellenwert der Desertion ist also schon aus dieser Perspektive ersichtlich. Wer sich dieser Arbeit oberflächlich annimmt oder ihr keine weitere Bedeutung als die der menschlichen Hilfe im Sinne caritativer Organisationen beimißt, handelt konterrevolutionär.

Es bedarf somit wohl auch keiner ausführlichen Forderung an die Solidarität der Einzelnen, diese potentiellen Genossen ausreichend materiell zu versorgen. Ein wichtiger Aspekt ist dabei die Beschaffung von Arbeit. In erster Linie kommt es darauf an, dem Deserteur jede Gelegenheit zur Entwicklung eines Abhängigkeitsgefühls und daraus sich entwickelnden Schuldgefühlen zu nehmen. Hierbei wird andererseits zum ersten Male die Gefahr der Bewegung in der Öffentlichkeit tangiert. Es wird langfristig gesehen unumgänglich sein, die Vermittlung sicherer Arbeitsplätze und den damit verbundenen Sicherheitsvorkehrungen wie Decknamen, falsche Papiere und Ausweise etc. zu organisieren. Auch in dem relativ gefahrlosen Stadium der Illegalität, in dem wir uns heute in West-Berlin befinden, gilt es, den Gegner nicht unnötig zu provozieren oder ihm die Ermittlungen in irgendeiner Form zu erleichtern.

Sicherheitsvorkehrungen

Der Justizapparat arbeitet auf dem Sektor "Desertion" erfahrungsgemäß auf zweierlei Weise: Zum einen wendet er die Taktik der unmittel-

baren Verfolgung im Sinne der konventionellen Verbrechensbekämpfung an. Zum zweiten, und hier liegt die weitaus größere Gefahr, setzt er seine Hoffnungen in das Moment der Frustration und der sich daraus ergebenden Resignation.

Der Fahndungsapparat der Bundeswehr läuft in der Regel am dritten Tage der Nichtanwesenheit bei der Truppe an. Es bietet sich also an, sich durch Flucht zu Beginn des Wochenendurlaubs abzusetzen, um sich damit einen Vorsprung von maximal 6 Tagen zu verschaffen. Das Vorhaben sollte auf jeden Fall alleine geplant werden, höchstens eine zuverlässige Person sollte informiert sein. Es empfiehlt sich, Papiere und wichtige Gegenstände einige Zeit im Voraus zur Seite zu legen. Dies sollte möglichst nicht auf einmal geschehen, um jegliche Verdachtsmomente von vornherein auszuschließen.

Größere Kontoabhebungen oder Leih-Aktionen unmittelbar vor der Flucht sind ebenfalls zu vermeiden. Es gilt, dem Apparat keinerlei Anhaltspunkte zur Rekonstruktion zu liefern. Weiterhin müssen unmittelbar nach der Flucht äußere Charakteristika, wie Haarschnitt, Haarfarbe, Kleidung usw. gewechselt werden. Ein mit der Helfergruppe vereinbarter Deckname ist unbedingt in jedem Fall zu benutzen. Größte Vorsicht mit unbekanntem Personen, auch wenn sie sich als Genossen ausgeben. Die Gefahr, daß man es mit Agent-Provokateuren oder Spitzeln zu tun hat, ist immer gegeben. Die Helfergruppe muß dafür sorgen, daß der Deserteur in sicheren Wohnungen untergebracht wird, die Mitbewohner sollten aber in jedem Falle die bisher genannten Bedingungen erfüllen können. Es hat sich weiterhin als günstig erweisen, die Wohnungen in unregelmäßigen Abständen zu wechseln. Jeder neue Deserteur muß Exkursionen ins Stadtviertel, besonders in Kneipen usw. im Alleingang unterlassen. Telefongespräche mit belastendem Inhalt dürfen auf keinen Fall geführt werden. Dies sind nur einige der wichtigsten Regeln, die unbedingt beachtet werden müssen. Grundsätzlich ist zu sagen, daß die Anwesenheit der Justiz, insbesondere der politischen Polizei, überall und immer mit einzukalkulieren ist! Daher ist jede Aktivität des Deserteurs vorher auf ihren Risikogehalt hin abzuwägen. Er muß dabei immer berücksichtigen, daß im Falle seiner Verhaftung nicht nur er, sondern auch sein Helferkreis gefährdet wird. Ich warne außerdem eindringlich davor, Kontakt mit Eltern, Freunden oder Ehefrauen aufzunehmen, ohne daß vorher die entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden sind. Hier wird zugleich die Problematik der "Psychologischen Kampfführung" des Gegners berührt.

Die Verfolgungsorgane wissen genau, daß hier ein menschliches Bedürfnis existiert, auf dessen Artikulierung zu spekulieren sich in vielen Fällen als lohnend erwiesen hat. So ist beispielsweise bekannt, daß sämtliche Postsendungen und Telephonate mit nahen Angehörigen von einem gewissen Zeitpunkt an überwacht werden, in der Hoffnung, durch

Einsicht in die Nachrichten für Angehörige Hinweise auf den Aufenthaltsort des Deserteurs zu erhalten.

Ca. 1 Monat nach meiner Flucht habe ich selbst den schwersten Fehler gemacht, der überhaupt zu machen war. Ich bin von West-Berlin aus nach West-Deutschland geflogen, um meine Frau und meine Tochter für einige Stunden zu besuchen. Am darauffolgenden Morgen wurde ich auf dem Kieler Hauptbahnhof verhaftet. Die Tatsache, daß ich nach nur drei Wochen U-Haft wieder flüchten konnte, verdanke ich dem Zufall, daß ich die über die Fortdauer meiner Haft entscheidende Behörde durch Bluff dazu bewegen konnte, mir die "Chance" zur Zurückführung in die Truppe auf dem Wege der sogenannten Haftverschonung zu gewähren. Ein weiterer, bis heute nicht geklärter Zufall ergab, daß bei meiner Entlassung aus der Haftanstalt kein Feldjägerkommando zugegen war, sodaß ich die Gelegenheit nutzen konnte.

Diese Zufälle sind jedoch nicht die Regel, daher müssen wir uns vor der Taktik der Zurückgewinnung auf natürliche Weise, wenn wir sie einmal erkannt haben, unbedingt schützen und uns entsprechend verhalten! Weitere Tricks im Rahmen dieser Taktik sind: Verunsicherung der Eltern durch Verbreitung wüster Zukunftsvisionen bezüglich ihres Sohnes. Entzug der materiellen Basis der Ehefrau, daraus ergibt sich in den meisten Fällen der Zwang, Fürsorgegelder beanspruchen zu müssen. Dies wiederum bewirkt in den häufigsten Fällen bei Bekanntwerden Schuldgefühle sowohl den Frauen, als eventuell auch dem Staat gegenüber. Die größte Gefahr bahnt sich jedoch in dem Moment an, in dem die Organe die Wirkungslosigkeit aller bis dahin praktizierten Methoden erkannt haben und nunmehr in eine taktische Untätigkeit verfallen, deren Funktion wiederum nur spekulativ ist. Dabei geht man offensichtlich von folgenden Überlegungen aus: Der Deserteur wird gesucht. Er kann sich nicht frei bewegen, sein Name steht in allen Fahndungslisten. Er muß also immer darauf gefaßt sein, geschnappt zu werden. Er hat permanent Angst. Die Angst kann zur Psychose werden. Hinzu kommt, daß er sich theoretisch Tag und Nacht verstecken muß. Arbeiten ist ebenfalls unmöglich, weil er keine Papiere hat. Hier nun setzt die Spekulation ein. Der Zeitpunkt einer Fehlhandlung seitens des Gesuchten ist theoretisch kalkulierbar. Es liegt an den Genossen, diese sadistische Einschätzung durch die Herrschenden, dieses zynische Kalkül großkotziger Bundeswehr-Psychologen zu widerlegen.

Zum Dritten möchte ich eine Frage aufwerfen, die im Hinblick auf die Psyche des Deserteurs äußerst relevant ist:

Stellt die Desertion eine umfassende Lösung des Konflikts dar?

Um die Beantwortung gleich vorweg zu nehmen: Keinesfalls! Im Gegenteil, der eigentliche Kampf beginnt erst jetzt, nach der Desertion! Die Genossen müssen parallel zur Bewältigung der bis jetzt geschilderten Aufgaben auf die Klärung dieser Frage hinarbeiten. Der Deserteur wird natürlich sehr schnell merken, daß er es nicht mit Heilsarmisten zu tun

hat, sondern in erster Linie mit politisch bewußten Menschen, die durch ihre Arbeit in den Helfergruppen ihren Teil zur Veränderung der Gesellschaft beitragen. Andererseits befindet sich der Fahnenflüchtige in einer Zwangssituation insofern, als daß er zur Außerparlamentarischen Opposition zunächst das Verhältnis eines Hilfsbedürftigen hat.

Es ist also denkbar, daß wir es mit einem Überläufer zu tun haben, der sich keiner anderen Motivation bewußt ist, als der finanziellen, also rein materiellen Benachteiligung, die ihm durch die Armee erwachsen ist. Das heißt konkret für die Arbeit der Helfergruppe: Der Ansatz zur Bildung eines politischen Bewußtseins ist äußerst schwach. Tatsächlich ist es jedoch gerade dieses Argument, das uns bei der täglichen Agitation aus allen Schichten der Bevölkerung immer wieder entgegengehalten wird. Gerade deswegen muß es aber unbedingt möglich sein, den Einstieg an dieser Stelle zu finden. Ziel der Aufklärung muß sein, dem Deserteur die tatsächliche Bedeutung seiner Tat verständlich zu machen, d.h. seine vorgegebenen Gründe von allen subjektiven Momenten zu befreien, ihm den Stellenwert seines Handelns deutlich zu machen, ohne ihn jedoch vor den Kopf zu stoßen und ihn so zu desillusionieren, daß er womöglich an der Richtigkeit seiner Entscheidung zweifelt und sie bereut. Vielmehr muß es gelingen, ihm die Möglichkeiten, die er sich durch seinen befreienden Sprung ins Wasser eröffnet hat, als lohnend darzustellen. Wie so etwas in der Praxis aussehen kann, will ich kurz aus eigener Erfahrung darstellen. Ich habe, größtenteils zufällig, von Anfang an die Methode der direkten Teilnahme praktiziert. Soll heißen, durch volle Teilnahme am Leben der Genossen die Praxis der sozialistischen Gemeinschaft, soweit sie unter den herrschenden Bedingungen überhaupt vollziehbar ist, ins Bewußtsein übernommen. Ich glaube auch heute noch, daß es keine bessere Möglichkeit gibt, um die genannten Forderungen sowohl an die Genossen als auch an den Deserteur zu verwirklichen. Natürlich könnte man zu bedenken geben, daß dies doch eine Holzhammermethode sei, aber was wäre die Alternative? Isolierte Klausurstudien etwa? Oder quarantäneähnliches Leben unter weltfremden Bedingungen? Wir wissen aus unseren eigenen Erfahrungen, daß nur die permanente Diskussion das Klima zur Stärkung des Bewußtseins entwickeln kann! Nehmt den Deserteur deshalb, wenn irgend möglich, überall mit, solange eine ungefährdete Teilnahme gewährleistet ist. Der emanzipatorische Effekt einer öffentlichen Aktion ist für einen neuen Genossen immer noch ein wichtiger Aspekt für seine Entwicklung.

Darüber hinaus sollten sich die Genossen der Helfergruppe darum bemühen, eine einigermaßen verständliche Umgangssprache zu finden. Selbstkritisch betrachtet erscheint mir diese Forderung zwar nicht ganz berechtigt, habe ich mir doch selbst die Sprache der Linken sehr schnell zu eigen gemacht, trotzdem bin ich der Meinung, daß es ein unbedingtes Muß ist, die Sprachbarriere einzureißen! Außerdem glaube ich, daß ich nach wie vor in der Lage bin, meine Gedanken in zwar vereinfachter,

aber verständlicher Form auszudrücken. Denken wir immer daran, was ein gewisser Josef Bachmann bei seiner Vernehmung zu Protokoll gegeben hat: "Wenn der Rudi wieder mit seinem Soziologen-Deutsch angefangen hätte, hätte ich sofort geschossen!"

Genauso selbstkritisch sollten wir uns bezüglich unserer intellektuellen Ansprüche verhalten. Die wenigsten von uns haben "ihren" Marx gelesen, also verlangt es erst recht nicht von einem, der um sein Selbstvertrauen schlechthin kämpft! Nur wenn eine offene Solidarität das Zusammenleben bestimmt, also gegenseitiges Vertrauen herrscht, wird der Deserteur in der Lage sein, sich die Waffen anzueignen, die er in dem langen Kampf, der noch vor ihm liegt, brauchen wird! Erst wenn er fähig ist, aus eigener Kraft die täglich sichtbaren Widersprüche dieser Gesellschaft zu erkennen und sie zu deuten, wird er eines Tages die Angst vor der Verhaftung, die in einigen bekannten Fällen schon traumatische Ausmaße angenommen haben, in offenen Haß gegen die Herrschenden wenden können! So wie er es einst von seinen Unterdrückern gelernt hat: "Angriff ist die beste Verteidigung!" Wenn der Deserteur erst gemerkt hat, daß die Militärs ihn keineswegs sang- und klanglos ziehen lassen, daß sie sich laufend neue Methoden der Verfolgung ausdenken, daß man ihm das Leben, das er sich vorstellt, nicht so ohne weiteres zugestehen will, daß man ihn also nicht nach seinen Bedürfnissen leben läßt, spätestens dann wird er anfangen, sich zu wehren!

Längerfristige Perspektiven

Wenn wir dem Deserteur klar gemacht haben, welche Bedeutung die Flucht für seine weitere Zukunft hat, wenn wir ihm den gesellschaftlich-politischen Stellenwert der Desertion vermittelt haben, wenn er die Folgen einer Verhaftung genau kennt und sich deren Wirkung auf sein Leben bewußt ist, wenn wir ihm darüber hinaus bei der Handhabung seiner intellektuellen Waffen helfen konnten, so sind wir endlich auch dazu verpflichtet, ihm eine annehmbare Perspektive zu zeigen. Das heißt konkret: Welchen Platz kann er als relativ unerfahrener Revolutionär innerhalb einer Strategie einnehmen?

Hierbei wird man nicht umhin können, systematische und gründliche analytische Diskussionen über die geschichtliche Entwicklung und den heutigen Stand der Sozialistischen Bewegung zu führen. Die Helfergruppe muß in der Lage sein, die Gefahr einer für junge Genossen doppelt nachhaltigen Frustration zu bannen, dies ist umso relevanter, je begeisterter und spontaner sich der Deserteur dem vermeintlichen Zwang zur Aktion zu beugen willens ist.

Eventuell falsch verstandene und emotional überbewertete Appelle an die **Macht der Tat** können verheerende Folgen haben. Deshalb müssen alle für die Bewegung wichtigen Aktionen gemeinsam diskutiert werden, um sie ihrem Stellenwert nach richtig einordnen zu können.

Der Deserteur, der ja gelernt hat, mit der Waffe umzugehen, für den es also im allgemeinen kein Problem ist, bei Besitz der entsprechenden Mit-

tel dieses oder jenes einfach in die Luft zu jagen, ist nur zu leicht bereit, einem revolutionär-romantischen Traum putschistischer Nachtentscheidungen im gängigen Hollywood-Klischee zu verfallen.

Er muß also in realitätsbezogener Weise erkennen können, an welcher Stelle er unter erträglichen Bedingungen Optimales leisten kann. In erster Linie bietet sich natürlich sofort die Mitarbeit in einer anderen Helfergruppe an, was jedoch hauptsächlich von der "Qualität" des Bewußtseins abhängig zu machen ist. Eine andere Möglichkeit, die gleichzeitig die Gelegenheit, sich über den Stand der Bewegung im allgemeinen zu orientieren, bietet, kann der Versuch sein, sich in anderen bereits arbeitenden Gruppen, Arbeitskreisen und Zirkeln umzusehen und dort gegebenenfalls Funktionen zu übernehmen. Indem die ihm zugeordnete Helfergruppe dabei eine Stütze liefert, kann dies gleichzeitig als Versuch angesehen werden, die Grundlagen für ein eigenständigeres und souveräneres Leben innerhalb der Bewegung zu schaffen. Erst wenn er die für ihn einzig befriedigende Tätigkeit gefunden hat, die für das Selbstverständnis eines jeden Revolutionärs ungeheuer wichtig ist, ist auch gewährleistet, daß er die psychischen Belastungen, die sein besonderer Status mit sich bringt, so verkraftet und eventuell sublimiert, daß er frei von depressiven Dauerzuständen den Kampf aufnehmen und bestehen kann.

Nachsatz:

Für die Herrschenden sind Deserteure, sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich, schlichtweg Versager, Drückeberger und Verräter. Was sie nicht berücksichtigen und nicht sehen wollen, ist dies: Der Deserteur hat die Widersprüche am eigenen Leibe erfahren. Gleichzeitig hat er die Kampfweise der Unterdrücker gelernt. Er desertiert, um sich den richtigen Überblick zu verschaffen, um den Kampf von einer besseren Plattform aus mit besseren Waffen gegen die Herrschenden zu wenden!

VENCEREMOS!

5.11.68 Auf einer Pressekonferenz im Republikanischen Club Westberlin gibt Rechtsanwalt Horst Mahler bekannt, daß er im Auftrage des Bundeswehr-Deserteurs Manfred Grashof vor dem Westberliner Verwaltungsgericht gegen den Senat und den Polizeipräsidenten Klage eingereicht hat: Die Polizei soll Grashof aus ihren Fahndungslisten streichen und alle Maßnahmen zur Vollstreckung eines Haftbefehls des Amtsgerichts Kiel unterlassen. "Der Sinn dieser Verwaltungsklage ist es, den Behörden endlich klare Richtlinien über Amts- und Rechtshilfe, d.h. Festnahme und Auslieferung und somit Vollstreckung der zahlreich vorliegenden Haftbefehle westdeutscher Gerichte zu vermitteln." (Deserteurs-Kollektiv) Da weder Senat noch Alliierte ein Interesse an einer raschen Entscheidung in dieser Frage haben, wird das Verfahren verschleppt.

3.7.69 Nachdem in den Monaten Februar bis Juni 1969 zahlreiche Deserteure eingefangen und in Haftanstalten eingeliefert wurden, gehen an diesem Tag Manfred Grashof, Rudolf Maschewski, Heinz Zirk und Werner Müller in Begleitung von 40 Genossen und Rechtsanwalt Mahler zum Polizeirevier Stephanstraße in Moabit und legen Anmelde-Formulare vor, um Westberliner Personalausweise zu beantragen. Zwei von ihnen tragen Bundeswehr-Uniformen, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ihren Fall zu lenken. Grashof und Zirk werden auf dem Revier festgenommen, Werner Müller zwölf Tage später am gleichen Ort, als er sich seinen Ausweis abholen will.

4.7.69 Brief von Horst Mahler an die Alliierte Kommandantur, sowie an den Botschafter der UdSSR in der DDR:
„Sehr geehrte Herren, ich vertrete als Anwalt die Interessen der Herren Manfred Grashof und Heinz Zirk, gegen die die Strafverfolgungsbehör-

den der Bundesrepublik Deutschland Strafverfahren wegen Fahnenflucht eingeleitet haben.

Nachdem sich beide bereits über ein Jahr in Westberlin aufgehalten haben, sind sie am 3. Juli 1969 von einer Westberliner Polizeidienststelle aufgrund eines westdeutschen Haftbefehls wegen Fahnenflucht verhaftet und in die Untersuchungshaftanstalt 1 Berlin 21, Alt Moabit 12a, verbracht worden. Von dort aus sollen sie gegen ihren Willen auf dem Luftweg in die Bundesrepublik verbracht werden, um dort wegen Fahnenflucht vor Gericht gestellt zu werden.

Meines Erachtens stellt die Verhaftung und Überstellung eine Unterstützung der Rekrutierung für die Bundeswehr durch Westberliner Polizeidienststellen dar. Eine solche Unterstützung der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland ist jedenfalls für Westberliner Behörden aufgrund der in Westberlin noch geltenden Proklamation Nr. 2 des Alliierten Kontrollrates vom 20. September 1945 (Abschnitt I Nr. 2) sowie nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 8 vom 30.11.1945 unzulässig.

Der Westberliner Senat hat durch den Senator für Justiz erklären lassen, daß die Wehrgesetze zwar in Westberlin nicht gelten, daß Westberliner Behörden jedoch auch in Wehrstrafsachen den Strafverfolgungsorganen der Bundesrepublik Deutschland Amtshilfe leisten würden.

Diese Rechtsauffassung des Berliner Senats ist mit dem völkerrechtlichen Status Westberlins unvereinbar. Die Amtshilfe bezieht sich auf das Verfahren bei der Ausübung der staatlichen Hoheitsgewalt. Wenn aufgrund alliierter Gesetze den in Westberlin tätigen Organen jegliche Förderung der Wiederaufrüstung untersagt ist, kann dieses Verbot nicht durch die Berufung auf eine dem Öffentlichen Recht angehörende Verfahrensvorschrift umgangen werden. Die Amtshilfe Westberliner Dienststellen in Wehrstrafsachen verstößt gegen den ‚ordre public‘ in Westberlin.

Ich ersuche Sie daher, sicherzustellen, daß die Verhafteten nicht gegen ihren Willen in die Bundesrepublik Deutschland verbracht werden, insbesondere daß der Luftweg zwischen Westberlin und der Bundesrepublik Deutschland nicht in dieser Weise mißbraucht wird.

Ferner ersuche ich Sie, die Westberliner Behörden anzuweisen, die Verhafteten sofort auf freien Fuß zu setzen.“

12.7.69 Manfred Grashof schreibt aus der Untersuchungshaft-Anstalt Moabit:

„Die Umstände unserer Verhaftung sind ja bekannt. Dank an alle, die uns in die Stephanstraße begleitet haben. Die Anwesenheit der Genossen draußen hat einen doch verdammt sicher gemacht. Leider klappte die Uniform-Sache nicht so, wie wir es uns vorgestellt hatten. ... Trotzdem, es war ja ein schönes Polizeiaufgebot, hab' noch nie soviel Bullen anlässlich einer Anmeldung rumlungern sehen ... Ich glaube, wir waren sehr 'cool'. Sie fuhren uns zur PoPo nach Tempelhof, dort gleich rein in

diese komischen Affenkäfige im Keller, und dann Einzelvernehmung. Als ich vorgeführt werden sollte, versuchte son PoPo-Typ während der Fahrt im Fahrstuhl gleich mittels 'Privatgequatsche' die Vernehmung zu beginnen. Ich sagte ihm, ich hätte keine Lust zu reden und wolle sowieso erst mal meinen Anwalt sprechen. Man hatte uns ja ohne Zustimmung des Britischen Stadtkommandanten im Bezirk Tiergarten verhaftet. Wer denn mein Anwalt sei, fragte er. Als ich Mahler sagte, machte er einen auf erstaunt und meinte, den kenne er gar nicht. Oben im Büro das gleiche Spiel ... Der Boß fragte ganz laut, ob jemand schon mal was von Mahler oder so ähnlich gehört hätte; alle schauten sich erstaunt an und verneinten sodann ... Von Tempelhof ging es dann mit Knebelkette in der Minna zur Gothaer Straße ... Ist ja'n gemütliches kleines Hotel, richtig mit Gemeinschaftsraum am Tage, Schlafsaal nachts, Schuhe vor der Tür auf dem Flur, morgens Betten abgeben und Waschsaal und so, wie beim Bund! Im Gemeinschaftsraum trifft sich alles, was in der Nacht vorher irgendwo Pech gehabt hat und gegriffen wurde. Als wir kamen, wurde es gleich politisch, jeder wußte es besser, was sie mit uns alles machen könnten. Die Uniformsache fanden alle duft und überhaupt ... Wir waren eine Nacht und einen Tag in der Gothaer, Freitag nachmittag wurden wir dem Richter vorgeführt. Sein Name: Drygalla. Ist das nicht der Typ, der die Klarsfeld verknackt hat? ... Hat sofort 'eine Verbindung zu RA Mahler hergestellt'. Den PoPo-Scherz konnte er gar nicht glauben, und die Tatsache, daß die Schließler in der Zelle unten (i.d. Gothaer) ebenfalls mit Ausreden ein Telefonat verweigerten ('wir haben keinen Ortsanschluß'), bedauerte er, aber seine Befugnisse gingen nur bis zur Tür, was unten passiert, entziehe sich seinen Kenntnissen. Er hat natürlich mit Schwung nen Haftbefehl ausgestellt. Habe ihn darauf hingewiesen, daß er doch Albert Lillmannstöns' Fall kenne, worauf er gleich 'zufällig' die betreffende Akte zur Hand hatte. 'Ja, ja, das war auch was anderes, da hat sich die we-deutsche Staatsanwaltschaft geweigert, den Flug zu bezahlen, aus Geldmangel!' Drygallas Märchenstunde!“

Wolfgang Schneider, seit Mai in Haft, schreibt aus der Untersuchungshaft-Anstalt Moabit:

„Obwohl ich bereits im Polizei-Gefängnis Gothaer Straße den Haftrichter (ein Amtsgerichtsrat Lehmann) darauf aufmerksam machte, daß ich eine 'Ausfliegung' konstant ablehne, dieses auch protokollarisch festgehalten habe, die Staatsanwaltschaft in Braunschweig also informiert war, haben sie es versucht!

Am 5.6.69 circa um 14.30 kam ein Beamter zu mir, machen sie sich fertig Herr Schneider Sie kommen rüber nach Haus 1 in die Abfliegerzelle, sagte ihm wäre doch sinnlos lasse mich doch nicht ausfliegen, entgegenete kann ich nichts zu sagen machen Sie sich fertig!

Unten beim Hausmeister sagte ich mein Sprüchlein wieder auf. Ein Beamter: Die Herren von der Kripo haben bei solchen Leuten wie Sie eine

ganz gewisse Überzeugungskraft um sie zum 'Fliegen' zu bewegen! (Bekam jetzt langsam Angst, bin nervlich sowieso ziemlich runter) kam dann in eine Zelle mit der Beschriftung 'Abflieger'. War kaum zwanzig Min. drin, kam ein Beamter: Wollen Sie sich vorher nicht nochmal die Haare schneiden lassen? Entgegnete: Nein, er solle sich zum Teufel scheeren! Abends bekam ich Butterbrote mit Papier mit der Beschriftung 'Für Abflieger' (das trug auch nicht grade bei, mich zu beruhigen). Verlangte, meinen Anwalt benachrichtigen zu können. Geht heute nicht mehr, wurde mir geantwortet! Und dann entdeckte ich an der Wand eine Kritzelei: 'Dieter X. am 15.4. nach Hannover wegen Bundeswehr'. Das gab mir den Rest, ich war fertig! Nicht eine Minute habe ich schlafen können, eine nach der anderen geraucht bis morgens um 5 Uhr, dann kam ein Wachtmeister, brachte wieder Knuffen mit der Beschriftung 'für Abflieger'. 5.20 Wachtmeister: Wollen Sie sich nicht noch mal rasieren vorher. Habe nein geschrien wie ein Irrer! Dann, um kurz vor 6 kamen sie, zwei Mann: Herr Schneider, es ist soweit, kommen Sie mit! Nein, ich fliege nicht, auf keinen Fall, müßt mich schon raustragen. Zwanzig Minuten hin und her (was dabei noch gesagt worden ist, ich weiß es nicht mehr, ich war so nervös und aufgeregt, meine Knochen gingen wie bei einem senilen Endsiebziger, auf einmal waren sie wieder weg! Kam dann wieder in meine alte Zelle.) Ich muß unbedingt auf eine Gemeinschaftszelle, muß mit jemand richtig reden können, sonst drehe ich bald durch hier unten (oder schreibe mir die Finger wund!), führe schon Selbstgespräche am laufenden Band."

14.7.69 Brief von Manfred Grashof aus Moabit:

„Das Amtsgericht Braunschweig verweigerte Wolfgang Schneider die Wahrnehmung seiner Interessen durch Horst Mahler. Und zwar mit übelsten Tricks. Die Anwaltsvollmachten wären angeblich nie mit der Post dort eingegangen. Dagegen bot man ihm einen Braunschweiger Verteidiger an, obwohl er mehrmals bereits Mahler als Anwalt verlangt hatte. Erst nach 4 oder 5 Wochen wurde die Verteidigung zugelassen. Haftprüfung wurde auch verworfen, dazu müsse er nach Braunschweig kommen, und das wolle er ja nicht! Im übrigen wurde die U-Haftdauer mit der Verhältnismäßigkeit begründet.

Genossen, was hier an Schweinerei, nur in diesem einen Fall passiert ist und garantiert noch kommt, stinkt zum Himmel! Es hat ganz den Anschein, als wenn die Typen sich hintenrum mit 'gewachsenem Status Berlin' und Hauptstadtselbstverständnis abgesprochen haben und uns hier in vorbeugeähnlicher 'verhältnismäßiger' U-Haft eine Strafe absitzen lassen wollen, ohne daß je eine Verhandlung stattgefunden hat, geschweige denn ein Urteil ergangen ist. Oder sie warten, bis wir noch mehr hier sind, um dann die 'große Chartermaschine' zu mieten, mit der man uns täglich droht, um uns dann auf 'einen Rutsch' zwangsweise auszufliegen, sozusagen 'im Dutzend billiger'.

16.7.69 Rechtsanwalt Hans-Christian Ströbele schreibt an die Alliierte Luftsicherheitszentrale, nachdem bekannt geworden ist, daß das Amtsgericht Speyer den Haftbefehl gegen den Deserteur Josef Rummel nicht aufhebt, weil damit zu rechnen sei, "daß er in allernächster Zeit mit einem Charterflugzeug in die Bundesrepublik zurückgebracht wird." Ströbele: „Wir bitten Sie, uns mitzuteilen, ob ihnen diese Ankündigung bekannt ist und ob der genaue Zeitpunkt des Abflugs dieser Maschine bereits feststeht. Wir beabsichtigen nämlich, unseren Mandanten eventuell zum Flugzeug zu begleiten, um Zeuge des Abtransportes zu werden. Im übrigen nehmen wir an, daß mit derselben Maschine auch weitere Mandanten von uns, die sich wegen der gleichen Beschuldigung in Haft befinden, ausgeflogen werden sollen, da auch diesen ähnliche Maßnahmen bereits angedroht wurden. Ferner bitten wir Sie um Auskunft, ob Sie einen Sammel-Lufttransport von Häftlingen, die wegen Verstoßes gegen die ausschließlich in Westdeutschland geltenden Wehrstrafgesetze inhaftiert sind, gegen den ausdrücklichen Willen der Betroffenen billigen und für vereinbar mit dem rechtlichen Status von Berlin ansehen.“ Dieser Brief bleibt, wie alle Briefe an die Alliierten, unbeantwortet. Ströbele erhält lediglich eine Eingangsbestätigung.

25.7.69 Etwa 2.500 Demonstranten fordern vor der U-Haftanstalt Moabit die Freilassung der Inhaftierten. Die angemeldete Demonstration wird sofort bei Eintreffen des Zuges unter einem Vorwand für illegal erklärt. Offenbar ist von der Polizei eine "Kesselschlacht" gegen die Demonstranten geplant; die Grünanlage gegenüber dem Gefängnis sowie die Parkwege sind mit Stacheldrahtrollen durchbruchssicher gemacht. Als die Demonstranten sich nicht in diese Falle locken lassen, kommt es zu einer Verfolgungsjagd bis zum S-Bahnhof Bellevue.

Am gleichen Tag schließt der Polizei-Präsident mit der britischen Luftgesellschaft British Midland Airways Ltd. einen Chartervertrag, nachdem die drei offiziellen Luftfahrtgesellschaften BEA, Air France und PanAm bzw. deren Piloten sich weigern, Passagiere gegen deren Willen auszufliegen. Der Abflug ist für den 28. Juli geplant. Der Flugpreis beträgt 495 Pfund Sterling, rund 5000 DM.

26.7.69 Der Chartervertrag wird durch eine Indiskretion vorzeitig bekannt. Die Außerparlamentarische Opposition ruft für den Abflug-Termin zu einer Demonstration am Flughafen Tegel auf.

27.7.69 Gegen 15 Uhr wird der AstA der Freien Universität durch einen anonymen Anruf von der unmittelbar bevorstehenden Verschleppung der Deserteure informiert. Rechtsanwalt Mahler, der daraufhin in Moabit anruft, wird jede Auskunft verweigert. Während er auf dem Weg nach Tegel ist, werden die 7 Deserteure und drei weitere Gefangene bereits in die wartende Maschine geschafft; durch die reibungslose Zusammen-

arbeit von Senat, Polizei, Französischer Militärpolizei und den British Midland Airways gelingt es, den zunächst für Montag geplanten Flug auf Sonntag 17.25 vorzuverlegen. Als Mahler um 17.20 das Rollfeld betritt, hebt die Maschine gerade ab.

Über die Vorgänge vor und während der Verschleppung berichten zwei Beteiligte, der Deserteur Manfred Grashof und der Untersuchungsgefangene Heinz Riemann (kein Deserteur). Riemann sagt aus:

„Am Sonntag, den 27.7.1969 war ich gerade gegen 12.00 Uhr beim Mittagessen, als 3 Anstaltsbeamte in meine Zelle kamen und mir erklärten, daß ich sofort zu einer Vernehmung zur Gothaer Straße (Kripo) müsse und mich sofort fertig machen solle. Ich war über diese Mitteilung ausge-rechnet an einem Sonntag mehr als erstaunt und erklärte gleich, daß bei mir nichts mehr zu vernehmen sei, meine Angelegenheiten liefen bei dem Landgericht in Münster. ... Ich wurde dann mit anderen Bundeswehr-deserteuren zur Gothaer Straße gebracht, wo schon in einer großen Zelle eine ganze Zahl anderer Deserteure warteten.

Die flüchtigen Bundeswehrsoldaten hatten sich in der Zelle auf den Fußboden gesetzt und sich gegenseitig eingehakt, um, wie ich aus ihren Äuße-rungen entnehmen konnte, sich gegen ein Ausfliegen aus Berlin zu ver-wahren. Sie erklärten mir, daß dies ungesetzlich sei. Ein Herr Rechtsan-walt Mahler habe ihnen das gesagt und sie auch gebeten, über ihre Erleb-nisse nicht zu schweigen, sondern ihm alles zu berichten, was sie bei einem etwaigen Abflug aus Berlin erleben würden.

Ich habe mir die Anschrift dieses Rechtsanwaltes vorsichtshalber notiert. Plötzlich kamen mindestens 12 Polizeibeamte in Uniform herein mit Schlagstöcken und Handschellen in der Hand. Ich habe dem wortführenden Polizeibeamten, einem großen kräftigen Mann in Uniform gleich ge-sagt, daß ich freiwillig gehen würde und kein Bundeswehrdeserteur sei. Auf mich wurde aber gar nicht gehört. Einem Teil der auf dem Boden Sitzenden wurden Handschellen angelegt. Sie wurden teilweise an den Haaren hochgezogen. Dabei – auch nach Anlegung der Handschellen – wurde von vielen Polizeibeamten auf uns alle eingeschlagen. Ich habe noch nie ein derartiges rohes und rücksichtsloses sowie grundloses Schla-gen gesehen. Ich habe nur Bewunderung für die angeblichen Deserteure, daß sie bei den furchtbaren Schlägen kaum einen Laut von sich gegeben haben und nicht einmal den Versuch machten, sich zur Wehr zu setzen. Dann erhielt auch ich, obschon ich mich an dem sit-in überhaupt nicht beteiligte, 2 Schläge mit einem Schlagstock auf den Hinterkopf und einen Schlag ins Gesicht, wobei 2 vordere Backenzähne oben ausbrachen, die ich noch in Verwahrung habe. Ich wurde bewußtlos. Als ich wieder etwas zu mir kam, wurde ich herausgeschleift, weil ich allein ohne Unter-stützung weder gehen noch stehen konnte. Mir wurde ganz schlecht. Ich habe auch zunächst nur leichtes Erbrechen gehabt.

Alle für den Transport bestimmten Personen wurden dann in Hand-schellen in kleinen Gruppen in Minitransportwagen kreuz und quer

durch die Stadt abgefahren. Unterwegs schwand mir mehrere Male die Besinnung.

Der Transport ging zum Flugplatz. Dort standen wir alle ca. 3 Stunden in der heißen Sonne auf dem von 100ten von Polizeibeamten abgesper-ten Flugplatz. Einige der Zusammengeschlagenen waren in hilfloser Lage. Sie wurden von der Polizei noch beschimpft und bedroht.

Auch im Flugzeug blieben wir gefesselt. Es war eine englische Transportmaschine mit uniformierten englischen Soldaten als Piloten und einer Stewardess, ebenfalls in Uniform mit Rangabzeichen. Ich muß annehmen, daß dies Angehörige der englischen Truppe waren.

Im Flugzeug waren auch 2 oder 3 Kriminalbeamte in Zivil. Bei der An-kunft in Hannover gehörte ich zu denjenigen, die zuerst nach der Platz-ordnung aussteigen sollten bzw. dazu aufgefordert wurden. Ich war mit einem anderen Häftling zusammengefesselt und fühlte mich so schwach und schlecht, daß ich mich nur mit Mühe erheben konnte und kaum auf-recht erhalten konnte. Um meinen Zustand und den Zustand der anderen Häftlinge, solange ich das beobachten konnte, hat sich niemand geküm-mert. Als ich mit dem Aussteigen Schwierigkeiten hatte, kam ein älterer Beamter in Uniform, schrie mich an, und versetzte mir schwere Box-schläge in die Seite, um mich in Richtung der Ausgangstür zu befördern. Im Flugzeug waren 2 der Deserteure infolge der Schläge aus Berlin auf der ganzen Fahrt bis Hannover bewußtlos. Die englische Stewardess war die einzige, die sich der Schwerverletzten annahm und ihnen auch Er-frischungsgetränke brachte. Ich habe selbst gesehen, daß ihr dabei die Tränen in den Augen standen.

Erst in Hannover hatten die Begleitpolizisten gemerkt, daß wir (ich und ein anderer jüngerer Mann) gar nicht zu den Deserteuren gehörten. Dar-über entstand eine große Aufregung unter dem Bewachungspersonal. Ich hörte die Worte: „Um Gottes Willen, jetzt nur nicht mehr schlagen, das ist ein großer Irrtum und ein grobes Versehen der Haftanstalt.“

Der ältere Beamte, der mir die Boxschläge in die Seite gegeben hatte, kam zu mir und sagte, ich solle um Gottes Willen keine Strafanzeige er-statten; er stehe vor der Pensionierung und könne seine Pension noch loswerden.

Zeuge dieser Äußerung ist ein junger Mann, der außer mir der einzige war, der nicht zu den Bundeswehrdeserteuren gehörte.“

Manfred Grashof schreibt: „Als es losgehen sollte, machten wir Sitz-streik. Aber sie schlugen sofort zu und machten uns fertig. Mit Hand-schellen, Knüppeln, Fäusten und Füßen. Dann zogen sie mich und Wolf-gang Schneider, beide aneinanderekettet, an den Haaren durch den Hof des Polizeigefängnisses in den Wagen ... Am schlimmsten geprügelt hat die PoPo und ein Polizist namens Conradt. Dienstnummern wurden verweigert... (In Tegel:) Wir haben passiven Widerstand geleistet. Dies-mal wurden wir noch brutaler zusammengeschnitten und regelrecht in der

Lutt zerrissen. Ich wurde dabei in Gesicht, Magen und Geschlechtsteile getreten."

Am Abend findet auf dem Kurfürstendamm eine Protestdemonstration gegen die Verschleppung statt.

28.7.69 Die Außerparlamentarische Opposition beschließt, daß bis auf weiteres jeden Freitag abend zwischen 22.30 und Mitternacht auf dem Kurfürstendamm eine "Öffentliche Verurteilung der Verschleppungen" stattfinden soll. In einem Flugblatt des SDS heißt es:

"Gestern, 27. Juli, 17.25 wurden sieben westberliner Bürger vom Senat und dem unter französischem Besatzungsrecht stehenden Flughafen Tegel mit einer britischen Maschine nach Westdeutschland verschleppt. Um 22 Uhr flog den Alliierten bei der BEA und der Maison de France die Antwort durch die Fenster auf den Tisch.

Dies geschah, um die Völker Frankreichs und Englands darauf hinzuweisen, daß ihre Regierungen die Verpflichtungen brechen, die sie beim Sieg über den Faschismus eingegangen sind.

Die Regierungen der Alliierten wissen, daß westberliner Behörden keine Amtshilfe zugunsten der westdeutschen Bundeswehr leisten dürfen – die Völker der Anti-Hitler-Koalition wollen es nicht.

Mit der Solidaritätsaktion am Ku-Damm wurden die drei Forderungen erhoben, die den Handlangerdiensten des Senats zugunsten der Bundeswehr endgültig ein Ende setzen werden:

- 1) Rückführung und Freilassung der Verschleppten
- 2) Freilassung der bis heute noch widerrechtlich in Westberlin Inhaftierten
- 3) Keine künftigen Verschleppungen mehr."

30.7.69 Die Alliierte Kommandantur ordnet an, daß der Senat bis auf weiteres keine Deserteure oder 'Wehrflüchtige' mehr ausfliegen darf. In Moabit sitzen zu diesem Zeitpunkt noch immer drei weitere Kriegsdienstverweigerer widerrechtlich in Haft.

1.8.69 Das Sozialistische Anwaltskollektiv (Mahler-Eschen-Ströbele), das fünf der sieben Entführten vertritt, fordert von den zuständigen Amtsgerichten in der Bundesrepublik unverzügliche Haftentlassung und freies Geleit nach Westberlin. In der Begründung heißt es:

"Zwar ist davon auszugehen, daß die Berliner Behörden, insbesondere auch die Justizorgane, im Rahmen der allgemein geltenden Gesetze, speziell des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung gegenüber Gerichten und Behörden der Bundesrepublik Deutschland zur Amtshilfe verpflichtet sind (§ 156 GVG, § 161 StPO). (In diesem Zusammenhang ist zu beachten, daß Art. 35 GG als rechtliche Grundlage für Amtshilfetätigkeiten Berliner Behörden nicht in Betracht kommt, da das Grundgesetz in Berlin keine Anwendung findet.)

Die konkrete Amtshilfeleistung kann sich dabei jeweils nur im Rahmen

der eigenen Befugnisse der beistandsleistenden Behörde vollziehen. In keinem Fall sind die Befugnisse der ersuchten Behörde zu erweitern. Eine Amtshilfehandlung, die die Befugnisse der beistandsleistenden Behörde überschneidet, ist folglich rechtswidrig.

Aus dem Rechtsstaatsprinzip folgt zunächst, daß im Falle eines Eingriffs in die Rechte Dritter die beistandsleistende Behörde prüfen muß, ob für einen solchen Eingriff auch die nach der Verfassung vorgeschriebene Rechtsgrundlage gegeben ist. Die ersuchte Behörde hat darüber hinaus zu prüfen, ob eine ihrem Bezirk geltende Rechtsvorschrift die vorzunehmende Amtshilfehandlung verbietet. Insoweit handelt es sich um zwei völlig verschiedene Probleme. Ein Umstand, der vom Polizeipräsidenten in Berlin bei der Behandlung von Amtshilfeersuchen ständig unberücksichtigt bleibt.

Die Rechtsgrundlage für die in Rechte Dritter eingreifende Amtshilfeleistung muß nicht notwendig in einer gesetzlichen Vorschrift bestehen, die auch im Bezirk der beistandsleistenden Behörde gilt. Für die Vollziehung eines Haftbefehls reicht es daher aus, wenn nach den gesetzlichen Vorschriften, die im Bezirk des den Haftbefehl erlassenden Gerichts gelten, die Voraussetzungen für den Erlaß eines Haftbefehls gegeben sind und die ersuchte Behörde allgemein für die Vollstreckung von Haftbefehlen zuständig ist. Das gilt jedoch nur dann, wenn in dem Bezirk der beistandsleistenden Behörde der Strafverfolgung wegen des im Haftbefehl bezeichneten Delikts gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen.

Ist der Haftbefehl durch das westdeutsche Gericht wegen des dringenden Verdachts der Fahnenflucht erlassen worden, ist eine Vollstreckung in Westberlin in jedem Falle dann unzulässig, wenn ein in Berlin geltendes Gesetz die Strafverfolgung von Fahnenflüchtigen verbietet.

Die Entwicklung der staats- und völkerrechtlichen Situation der verschiedenen Besatzungsgebiete nach der Kapitulation des Dritten Reiches hat dazu geführt, daß die Rechtseinheit zwischen der DDR und der Bundesrepublik gänzlich und zwischen Westberlin und der Bundesrepublik teilweise zerstört worden ist. Aus der Tatsache, daß Westberlin weiterhin Besatzungsgebiet ist, und hier die alliierten Gesetze und Befehle fortgelten, hat sich in verschiedenen Bereichen ein besonderer ordre public in Westberlin herausgebildet. So gehört zu den Grundlagen der Westberliner Rechtsordnung die uneingeschränkte Entmilitarisierung. Die westlichen Besatzungsmächte haben die Bedeutung dieses Grundgesetzes wiederholt hervorgehoben. Er ist zweifellos Bestandteil des besonderen ordre public in Westberlin. In Rechtsprechung und Rechtslehre ist der Grundsatz anerkannt, daß auch im interlokalen Rechtsverkehr, insbesondere beim Fehlen einer gesamtstaatlichen Autorität, der besondere ordre public der einzelnen Rechtsgebiete zu berücksichtigen ist. Die Staatsgewalt darf im jeweiligen Gebiet unter keinen Umständen gegen Grundsätze, die Bestandteil des ordre public sind, verstoßen. Dabei

ist eine Handlung nicht nur dann verboten, wenn ihre Vornahme im Gesetz ausdrücklich versagt ist, sondern auch, wenn sie nach dem Sinn der gesetzlichen Bestimmungen unzulässig ist.

In Westberlin ist durch alliierte Gesetze jegliche Strafverfolgung von Handlungen, die sich gegen die Wehrkraft der Bundesrepublik Deutschland richten, verboten. Aus diesem Grunde sind auch die Wehrstrafgesetze, insbesondere die Bestimmungen der §§ 109 bis 109 e StGB, aufgrund des Einspruchs der Westalliierten nicht nach Westberlin übernommen worden.

Nach Abschnitt I Nr. 1 der Proklamation Nr. 2 des Alliierten Kontrollrats sind alle deutschen Streitkräfte zu Land, zur See und in der Luft vollständig und endgültig aufgelöst. Alle Arten militärischer Ausbildung, militärischer Propaganda, militärischer Betätigung jeglicher Natur sind dem deutschen Volke verboten. Dieses Verbot ist durch das Kontrollratsgesetz Nr. 8 vom 30. November 1945 noch konkretisiert worden. Danach ist jegliche Tätigkeit von Verbänden, Vereinen, Gruppen oder Einzelpersonen, die mittelbar oder unmittelbar für irgendwelche kriegerische Handlungen vorbereitet, verboten und für gesetzwidrig erklärt. Die Proklamation sowie das Kontrollratsgesetz Nr. 8 beinhalten insoweit eine Ausführung des Potsdamer Abkommens. In Potsdam haben sich die Siegermächte des zweiten Weltkriegs über die politischen Grundsätze für die Behandlung des besiegten Deutschlands geeinigt. Als das vorrangigste Ziel der Besetzung wird bezeichnet: "Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann oder deren Überwachung".

Diese Grundsätze sind auch heute noch Bestandteil der Besatzungspolitik in Westberlin. Sie gehören zu den wesentlichen Grundlagen der Besatzungspolitik und sind daher Bestandteil des besonderen ordre public in Westberlin.

Die Fahndung nach Fahnenflüchtigen sowie deren Überstellung an westdeutsche Gerichte stellt eine Förderung der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik dar. Abgesehen davon, daß die Deserteure regelmäßig nach der Gerichtsverhandlung sofort von Feldjägern sistiert und zu ihren Einheiten verbracht werden, zielt die Strafverfolgung wegen Fahnenflucht darauf ab, durch die Verhängung von Sanktionen die Wehrpflichtgesetze der Bundesrepublik Deutschland zu bewahren. Die Strafe als Sanktion für die Verletzung der Gebotsnorm soll die allgemeine Beachtung des Gebots sicherstellen. So wie beispielsweise die Bestrafung des Diebstahls die Institutionen des Privateigentums schützen soll, schützt die Bestrafung von Wehrvergehen die Wehrkraft der Bundesrepublik."

Gleichzeitig wurde gegen Innensenator Neubauer Strafantrag wegen Menschenraubs gestellt.

Am Abend findet die angekündigte "Öffentliche Verurteilung des

Menschenraubes" auf dem Kurfürstendamm statt. Eine Presseerklärung der Außerparlamentarischen Opposition vom nächsten Tag schildert den Hergang:

"Die Aktion wurde eröffnet mit einer Picketing-line von ca. 30 Genossen, die auf dem Bürgersteig des Kurfürstendamms friedlich Plakate trugen. Die Polizei, die sich gegenüber dieser Gruppe überlegen fühlte, riß den Teilnehmern die Schilder herunter, verprügelte einzelne und verhaftete sie.

Mit dem rücksichtslosen Einsatz der Reiterstaffel versuchte die Polizei, die Demonstranten zu terrorisieren. Den Demonstranten gelang es, die Einkesselungsmanöver der Polizei zu umgehen und auf dem Kurfürstendamm mehrere Demonstrationzüge zu bilden.

In der Folgezeit ging die Polizei in der Manier von SA-Schlägertrupps gegen beliebige Demonstranten vor und schlug sie zusammen. Dieses faschistische Verhalten der Polizei war bewußt darauf angelegt, erneut Todesopfer auf seiten der Linken zu schaffen. In Höhe des Opel-Geschäftes am Theater am Kurfürstendamm wurde ein Demonstrant von Beamten angegriffen und vorsätzlich durch die unbeschädigte Schaufensterscheibe gestoßen. Dabei erlitt der Demonstrant eine lebensgefährliche Verletzung an der Halsschlagader ... Nur durch das entschlossene Eingreifen der Genossen und die rasche Hilfe der Ärzte von der Blaukreuz-Organisation der APO konnte das Leben des Verletzten gerettet werden. 19 weitere Demonstranten wurden teilweise schwer verletzt... Die Demonstranten setzten sich gegen den Straßenterror der Polizei mit Steinen zur Wehr. Die Westberliner Polizei, erzogen im Geiste des stumpfen Antikommunismus und als Bürgerkriegsarmee ausgebildet, hat erneut bewiesen, daß sie zu einem rechtsstaatlichen Einsatz nicht willens und nicht in der Lage ist."

8.8.69 Nach Verhandlungen der drei Westalliierten in Berlin und Bonn teilt der Senat mit:

„(A) Die Alliierten haben dem Senat einen BK/L (Brief der Kommandantur) zugestellt, der ihren BK/L vom 30. Juli betreffs des Aufenthalts von Bundeswehrdeserteuren in Berlin aufhebt.

(B) Das Hauptanliegen der Alliierten ist die Aufrechterhaltung des besonderen entmilitarisierten Status von Berlin. Sie betrachten die Anwesenheit von Deserteuren der Streitkräfte der Bundesrepublik in Berlin als unvereinbar mit diesem Status. Sie bestätigen die Berechtigung des Senats, von seiner Amts- und Rechtshilfe Gebrauch zu machen und solche Personen in die Bundesrepublik zurückzuschicken.

(C) Bei der Definition des Begriffs Deserteur halten sich die Alliierten an die Begriffe des deutschen Rechts. Ein Einwohner der Bundesrepublik wird zum Deserteur, sofern er seinen Gestellungsbefehl erhalten hat und sich nicht zu dem darin genannten Termin meldet.

(D) Auf Grund des besonderen Status der Stadt sind alle permanent in Berlin wohnhaften Personen vom Militärdienst in der Bundeswehr ausgenommen.

(E) Die Alliierten haben seit einigen Monaten regelmäßig über diesen Themenkreis beraten. Die Beratungen werden fortgesetzt, sofern sich in irgendeiner Beziehung Unklarheiten ergeben."

Das Westberliner Verwaltungsgericht hebt das von Neubauer ausgesprochene Demonstrationsverbot für diesen Tag auf. Rund 4000 Demonstranten beteiligen sich an einer Kundgebung vor dem Bundeshaus und ziehen anschließend zur Technischen Universität zu einem Teach-in.

9.8.69 Durch eine Meldung des Westberliner "Tagesspiegel" wird bekannt, daß als Nebenwirkung der alliierten Entscheidung Wehrunwillige, die sich vor Erhalt des Einberufungsbefehls nach Westberlin begeben, künftig sicher sind. Der "Tagesspiegel" schreibt:

"Ein alliierter Sprecher äußerte sich auf Anfrage gestern noch einmal zu der Rechtslage, wie sie durch das Schreiben der alliierten Kommandantur in der Frage der Bundeswehr-Deserteure an den Berliner Senat entstanden ist. Er verwies auf den Passus der alliierten Erklärung: 'Ein Bürger der Bundesrepublik ist ein Deserteur, wenn er seinen Einberufungsbescheid erhalten hat und zu dem angegebenen Zeitpunkt nicht bei seiner Einheit erscheint.' Daraus folge, daß ein bisheriger Bürger der Bundesrepublik, dem der Einberufungsbescheid erst zugestellt werden soll, nachdem er nach Westberlin gegangen ist, nicht unter den Begriff Deserteur falle. In diesem Falle könne der Senat durch westdeutsche Behörden auch nicht für Rechts- und Amtshilfe in Anspruch genommen werden. Das gilt auch für den Fall, daß der Wehrpflichtige durch Übertretung von Bestimmungen des Wehrpflichtgesetzes in der Bundesrepublik straffällig geworden sei und bleibe. Die Bundesregierung hat sich in den vorausgegangenen Konsultationen mit den westlichen Alliierten auch verpflichtet, Einberufungsbefehle nicht nachträglich mit der Post nach West-Berlin zu versenden."

Dazu schreibt der "Berliner EXTRA-Dienst":

"Neubauers Behauptungen von der 'Rechtseinheit' und der 'Amtshilfeverpflichtung' zwischen Westberlin und der Bundesrepublik sind damit endgültig widerlegt worden. Außerdem ist sein Angsttraum, Westberlin könnte zum 'Tummelplatz' APO-freundlicher Wehrunwilliger werden, jetzt der Realität näher als je zuvor. Wie eine Umfrage bei verschiedenen Gruppen in westdeutschen Großstädten ergab, rechnet man mit einer 'Massenwanderung' bereits gemusterter junger Leute nach Westberlin."

Brief von Manfred Grashof aus der U-Haftanstalt Lübeck an den Westberliner Ermittlungsausschuß der Außerparlamentarischen Opposition:
„Die Justiz hat zugeschlagen. Bald werden sich die Wellen beruhigen, wir

müssen mit 6 bis 12 Monaten rechnen. Durch unsere zum Teil eineinhalbjährige Anwesenheit in Berlin haben wir unseren Bekanntenkreis in Westdeutschland verloren. Es ist daher wichtig, daß wir den Kontakt mit Berlin nicht verlieren, zumal wir alle wieder zurückkommen wollen. Außerdem wissen wir nicht, ob die Bundeswehr, wie sonst bei eingelochten Deserteuren üblich, den Sold in den Knast schickt. Das heißt, wir bräuchten auch Geld. Vielleicht macht Ihr einen Aufruf zum Spenden in "883", "Extra-Dienst", "Konkret" usw. Ich habe Deinen Artikel in der "883" gelesen, einige Amtsgerichte lassen die Zeitung durch. Schickt sie uns! Büchersendungen sind auch erlaubt, sie müssen aber von einer Buchhandlung direkt geschickt werden.

Leider konnten wir die Berichte über die Reaktionen der Genossen nach Bekanntwerden unserer Verschleppung nicht laufend am Radio verfolgen, aber was ich bis jetzt gehört habe, wiegt die ganze Scheiße hier dreifach auf. Schon die Demonstration am Freitag in Moabit hat uns wieder hochgebracht. Wir sind stolz auf euch, im Knast zu sitzen und zu wissen, daß draußen was passiert, ist ein wahnsinnig gutes Gefühl. Ich hoffe, daß nicht zuviele Genossen verletzt sind und bald wieder o.k. sind. Venceremos!

Spendenkonto
Bank für Gemeinwirtschaft 1 Berlin 20
Konto 17228 (Heinz Seidel)

Am Sonntag, dem 27. Juli 1969, wurden folgende Personen mit einem Charterflugzeug aus Westberlin deportiert:

Albert Lillmannstöns, geb. am 22.8.47 in Osnabrück, zuletzt als Soldat bei der Radarbatterie in Oldenburg Ausbildungskompanie 6/11, Eltern wohnen in Lingen-Powe, Bremer Str. 11, angeklagt von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht in 29 Oldenburg, Mozartstr. 5 Az 2 Js 305/68, verhaftet am 24.7.69 in Westberlin.

Manfred Grashof, geb. am 3.10.46 in Kiel, zuletzt als Soldat beim 6. Panzer-Aufklärungs-Bataillon in Eutin, Ehefrau wohnt in Kiel, z.Zt. angeklagt vor dem AG Lübeck, Az 3 Js 776/68, verhaftet am 3.7.69, nachdem er sich mit drei weiteren Fahnenflüchtigen in Westberlin polizeilich angemeldet hatte.

Manfred Mertens, ist aus der BuWe nach Westberlin desertiert, muß Anfang Juli 69 in Berlin verhaftet worden sein.

Werner Müller, 20 Jahre alt, vor ca. 8 Monaten aus der BuWe desertiert, seine Eltern wohnen in 6729 Hatzenbühl, wurde am 15.7.69 im Polizeirevier Stephanstr. (Bl.21) verhaftet, als er sich seinen Berliner Ausweis abholen wollte, hatte sich am 3.7.69 dort mit drei weiteren Fahnenflüchtigen polizeilich angemeldet.

Josef Rummel, aus der BuWe nach Westberlin desertiert, angeklagt von der Staatsanwaltschaft Frankenthal vor dem AG Speyer, Az 24 Js 11/69, wurde am 4.6.69 auf seiner Arbeitsstelle verhaftet.

Wolfgang Schneider, ist im April 69 nach Westberlin desertiert, Eltern wohnen in Witten/Ruhr, z.Zt. in der U-Haftanstalt Braunschweig, angeklagt vor dem AG Wolfenbüttel, ist bereits Anfang Mai in Westberlin verhaftet worden.

Heinz Zirk, geb. 21.1.47, war Uffz und Refü, Eltern wohnen 8741 Stockheim, Tiefenweg 280, angeklagt vor dem AG Würzburg (postl.87), Az 3 Js 1903/68, in Leihuniform verhaftet am 3.7.69, nachdem er sich mit drei weiteren Fahnenflüchtigen in Westberlin polizeilich angemeldet hatte.

ERLASS DES GENERALINSPEKTEURS DER BUNDESWEHR, DE
MAIZIERE, VOM 1/3/69 – ZUR BEHANDLUNG KRIEGSDIENST-
VERWEIGERNDER SOLDATEN:

rr rgfie
de rgfaab 104 0561600
znr uuuuu
r 25 1500z
fm mod germany
to aig 3315
rgfaah/gmr mc nato
rgeaaa/milgerma wash
rgeaaa/gmr usa ca wash
rgfaae/nmr germany & shape
rgfppa/glr france
rgfaam/zdvp lisbon
rxfmb/combaltap
rxfmgd/german senior officer comnavbaltap
rxfbbd/german senior officer northa
rxfbbd/german senior officer twoataf
rxfjhd/german senior officer fourataf
rxfmga/german senior officer landjut
rxfmd/comairbaltap
rxfda/cincent
rgfaaf/gerdelafcent
zen/ge army staff
zen/ge air force staff
page 2 rgfaab 104 nato unclas

zen/ge naval staff
zen/ge directorate of med and health services
zen/ge armed forces staff roman 4
zen/ge hq serv bn mod bonn
acex
bt

nato unclas mbh4811 armed forces staff roman 1/3

sgd by order: de maiziere

betr.: behandlung von soldaten, die einen antrag auf anerkennung als kriegsdienstverweigerer gestellt haben

vorg.: 1) fue s roem 1/4 az. 24 - 11 vom 15. oktober 1966

2) fue s roem 1/3 az. 24 - 11 vom 1. juli 1968

1. der bundesgerichtshof hat in seinem beschluss vom 21. mai 1968 (1 str 354/67) festgestellt, daß der wehrpflichtige, der einen antrag auf anerkennung als kriegsdienstverweigerer erst nach eintritt in das wehrdienstverhältnis stellt, bis zur anerkennung als kriegsdienstverweigerer alle soldatischen pflichten zu erfüllen hat. eine gehorsamsverweigerung kann nach den gesetzlichen vorschriften geahndet werden.

hierzu hat der bgh beschlossen:

page 3 rgfaab 104 nato unclas

+ die nachträgliche anerkennung eines soldaten als kriegsdienstverweigerer hindert nicht seine bestrafung wegen einer gehorsamsverweigerung, die er nach antragstellung begangen hat +.

2. in meinem erlass vom 1. juli 1968 habe ich befohlen, daß ein soldat, der den antrag auf anerkennung als kriegsdienstverweigerer gestellt hat, gemäß meinem erlass vom 15. oktober 1966 zu behandeln, d.h. zu einem waffenlosen dienst einzuteilen ist, bis der prüfungsausschuß über seinen antrag entschieden hat.

ich bin bei der zulassung dieser für die kriegsdienstverweigerer günstigen lösung von der erwartung ausgegangen, daß die einsatzbereitschaft der truppe, d.h. also auch die militärische ordnung und ein reibungsloser ablauf des dienstes dadurch nicht beeinträchtigt werden.

3. die zunahme der anträge auch in der zweiten hälfte des jahres 1968 sowie das dienstliche verhalten zahlreicher antragstellender soldaten rechtfertigen es nicht mehr, die bisherige regelung aufrecht zu erhalten.

4. ich hebe daher meine erlasse vom 15. oktober 1966 und 1. juli 1968 mit wirkung vom 1. märz 1969 auf.

soldaten, die den antrag auf anerkennung als kriegsdienstverweigerer vor dem 1. märz 1969 gestellt haben, sind nach den bestimmungen mei-

ner erlasse vom 15. oktober 1966 und vom 1. juli 1968 zu behandeln.

bt

nnn

int qsl k

rgfhic de rgfhia qsl r 104 26/1040a --

rgfhic

F.d.R.d.A.

M....., 13.5.1969

(yyyyyyyyyyyy)

Kompaniefeldwebel

**VERBAND DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER
AUFRISS DER BUNDESWEHRKAMPAGNE**

1. ANALYSE DER BUNDESWEHR

Als Grundlage für eine systematische Vorbereitung und Durchführung der Anti-Bundeswehr-Kampagne soll dieses Paper dienen. Es stützt sich im wesentlichen auf die ziemlich lange praktische Erfahrung und theoretische Arbeit der Frankfurter Gruppe des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer.

a. Voraussetzung einer politisch effektiven Anti-Bundeswehr-Kampagne ist die wissenschaftliche Analyse der Bundeswehr. Das meint nicht, eine im esoterischen Sozialistenstübchen zu erklügelnde, abstrakt ontologische Durchdringung des Militarismusproblems, sondern eine in Verbindung mit konkreter Anti-Bundeswehr-Praxis zu leistende analytische Klärung der verschiedenen Funktionsbereiche der nationalen Streitkräfte.

Die theoretische Arbeit des praktisch zu bekämpfenden Objektes ist wichtig, um erstens dessen Bedeutung als Stützfaktor des Spätkapitalismus zu erkennen und daraus zweitens den politischen Stellenwert der Anti-Bundeswehr-Kampagne innerhalb der Gesamtarbeit der Außerparlamentarischen Opposition, speziell der sozialistischen Schülerorganisation zu ermitteln. Außerdem liefert die Bundeswehr-Analyse neue Ansatzpunkte und Argumente für den konkreten Kampf.

b. Zunächst einiges zu der von der Regierungsclique aus einleuchtenden Gründen ständig apostrophierten Schutzfunktion der Bundeswehr. Als Rechtfertigung der Bundeswehr, wie aller militärischen Aufrüstung wird

die in den düstersten Farben gemalte kommunistische Aggression und deren ideologische Grundlage, die Doktrin von der kommunistischen Weltrevolution gegeben, die speziell der russischen Außenpolitik als entscheidendes Moment unterschoben wird.

Es sei hier einmal davon abgesehen, inwiefern die Bundeswehr und die Nato überhaupt in der Lage sind, die Bundesrepublik zu schützen. (Verteidigung, das geben heutzutage schon die Militärstrategen zu, ist nur noch möglich um den Preis der eigenen Vernichtung und tröstlicher Weise unter Umständen auch der des Gegners.)

Ein aufschlußreicherer Phänomen ist das Prinzip der friedlichen Koexistenz. Dieser friedliche Koexistenzgedanke spielte sinnigerweise schon bei Stalins Außenpolitik eine entscheidende Rolle. Dabei zeigen gerade die jüngsten Ereignisse (Vietnam und die CSSR), daß friedliche Koexistenz nicht nur, wie man uns erzählen will, friedliches Nebeneinanderexistieren der verschiedenen Gesellschaftssysteme und Völker bedeutet, sondern faktische Aufteilung der Welt unter den beiden Supermächten USA und UdSSR, wobei China eine Sonderrolle spielt. Friedliche Koexistenz ist nichts anderes, als die Absprache der Atomgiganten zur Erhaltung des status quo weltweiter sozialer Ungerechtigkeit. Die friedliche Koexistenz ist damit die endgültige Manifestation der Internationale der Unterdrückung, der sich neben dem US-Imperialismus auch die sozialistische UdSSR zugesellt hat.

Innerstaatliche Probleme, wie Schwierigkeiten mit renitenten Satellitenstaaten, werden unter stillschweigender Billigung der anderen Supermacht behoben. Dabei darf man sich nicht durch die jeweils folgenden Proteste und Verbalradikalitäten täuschen lassen. Wie schon Marx im III. Band des Kapitals ausführt, ist es die entscheidende Aufgabe wirklicher Wissenschaft, "die Erscheinungen in ihrer gesetzmäßigen, ihrem Begriff entsprechenden Gestalt zu betrachten, d.h. sie unabhängig vom Schein zu betrachten". Das bedeutet, die konkreten Probleme in ihrem Wesen zu erfassen und sich nicht unwissenschaftlich mit den jeweiligen Erscheinungen zufrieden zu geben, wobei freilich Wesen und Erscheinung nicht als metaphysisch getrennt verstanden werden dürfen, sondern dialektisch verbunden sind.

Und in der Tat, das Wesen der friedlichen Koexistenz, entgegen dem mühsam konstruierten Schein verdeutlicht sich am besten in der Praxis. Sowohl die russische Intervention in der CSSR, wobei offengelassen sei, ob die Reformer in der CSSR sozialistisch oder konterrevolutionär handelten, wie der Völkermord des US-Imperialismus in Vietnam oder seine brutale Intervention in der Dominikanischen Republik, alles das geschah mit der stillschweigenden Billigung der jeweils passiven Supermacht.

Das heißt aber in Bezug auf die Bundeswehr und ihren außenpolitischen Verteidigungsauftrag, daß die angebliche kommunistische Gefahr eine Fiktion und die durch die CSSR-Besetzung angeblich gewachsene Be-

drohung der Bundesrepublik eine Lüge sind. Die Bundesrepublik gehört fest zur Einflußsphäre des US-Imperialismus, wie die CSSR zum Machtgebiet der UdSSR. Und beide Großmächte tolerieren in der Praxis die Machtsphäre des anderen.

Das bedeutet nun nicht, daß die Bundeswehr außenpolitisch funktionslos wäre. In der Tat spielt die militärische Aufrüstung bei der Beurteilung der Machtstellung der Bundesrepublik innerhalb Westeuropas eine kaum zu übersehende Rolle. Sicherste die Remilitarisierung der westdeutschen Regierungsclique das Entreebillett für die Teilnahme am Großmachtbankett, so ist die ständige Aufrüstung ein Meilenstein für die Vormachtstellung der Bundesrepublik in Westeuropa.

Wie kein anderes Land intensiviert die Bundesrepublik in den letzten Jahren ihre Rüstungsleistungen: Während die Rüstungsausgaben der gesamten Natostaaten zwischen 1960 und 1964 um 24 % stiegen, wuchsen die westdeutschen gleich um 73 %. Mittlerweile verfügt die Bundeswehr über das größte Rüstungsbudget innerhalb der westeuropäischen Natoallianz, und die Bundesrepublik kann sich auf die stärkste und kampfkraftigste konventionelle Armee in Westeuropa stützen. Unüberhörbar sind die Stimmen derjenigen Politiker, die eine der wirtschaftlichen und militärischen Potenz ebenbürtige politische Machtstellung der Bundesrepublik innerhalb der westlichen Allianz fordern. Wie sehr die monopolkapitalistisch dirigierte Regierungsclique ihre wirtschaftliche und militärische Macht auszunutzen weiß, zeigte nicht erst die Währungskrise. Schon heute beträgt der Anteil der Bundeswehroffiziere in den wichtigsten Natostäben fast 33 %. Westdeutschland hat genauso viele Generals- und Admiralstellen im Nato-Oberkommando besetzt wie Großbritannien, die Türkei, Belgien, Griechenland und Kanada zusammen. Schon wurde einer der wichtigsten Natoführungsposten, das Oberkommando über den Nato-Befehlsbereich Europa Mitte (AFCENT) in die Hände eines alten Nazi-Generals, in die Hände von J. Adolf Graf von Kielmansegg gelegt, der 1941 in seinem Buch **Panzer zwischen Warschau und Atlantik** seine uneingeschränkte Treue zum Führer bekundete und nach der Vernichtung Englands rief. In der Tat, auch in dieser Hinsicht hat sich die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik in enger Komplizität mit dem US-Imperialismus vollauf gelohnt. Das atomare Mitspracherecht ist faktisch längst bewilligt.

Und auch ihre Zugehörigkeit zur weltweiten Internationale der Unterdrückung ließ die Bundesrepublik nie außer Zweifel. Sowohl moralisch als auch materiell unterstützt sie die US-Aggression in Vietnam rückhaltlos. Durch riesige Devisenausgleiche und Importintensivierungen greift sie dem US-Dollar hilfreich unter die Arme und verhindert nach Kräften, daß die durch den Vietnamkrieg bedingte negative Zahlungsbilanz der USA katastrophale Formen annimmt.

Und noch in anderer Art manifestiert die Bundesrepublik ihren wahren Charakter. Schon seit Jahren trainiert die Bundeswehr Offiziere und

Mannschaften aus Nigeria, dem Senegal etc. systematisch für die Niederschlagung revolutionärer Emanzipationsbewegungen in Afrika, schon seit langem unterstützt sie materiell den portugiesischen Völkermord in Angola, den Faschismus in Spanien und Griechenland.

c. Ohne Zweifel aber liegt die eigentliche Bedeutung der Bundeswehr auf innenpolitischem Sektor. Ein entscheidender Faktor liegt dabei in der systemintegrierenden Wirkung der Wehrdienstzeit auf den Jugendlichen. Nirgends und zu keiner Zeit unterliegt seine Existenz einer so umfassenden Reglementierung als während der Bundeswehrzeit. 40 % der Jugendlichen werden für 18 Monate ihres Lebens in ein totales Abhängigkeitsverhältnis zu einer Institution gezwungen, die schon ihrer ganzen Struktur nach zutiefst undemokratisch ist und in der es von neo- und sonst wie faschistischen Offizieren und Unterführern nur so wimmelt. Für diese Zeit ist für sie das Grundgesetz faktisch aufgehoben, sie sind gleich, aber ihre Offiziere sind wesentlich gleicher. Sie werden systematisch einer anti-kommunistischen Indoktrination von oben her unterworfen, während ihnen selbst jegliche politische Betätigung verboten ist. Sie werden 18 Monate durch ein legalisiertes und mit militärischer Notwendigkeit motiviertes Gehorsamkeitsverhältnis zu einem Sklavendasein gezwungen und wenn sie die Bundeswehr verlassen, dann haben sie die Unterdrückung und die Duckerei endgültig verinnerlicht.

Schon eine oberflächliche Untersuchung der militärischen Ausbildung offenbart ihren eindeutigen Sinn. Während der ersten drei Monate wird der neue Soldat systematisch geschliffen, geschunden und malträtiert, und zwar so gründlich, daß er in dieser Zeit jede freie Minute zum Schlafen ausnutzt. In diesem Ausbildungsabschnitt, da ihm die jähe Veränderung im Vergleich zu seinem zivilen Dasein noch am deutlichsten ist, wird er durch einen Katalog von wohldurchdachten Schikanen, von kräfteraubender Geländeausbildung bis zum zeitraubenden Spindappell, an jedem Denken und Nachdenken gehindert. Während dieser Zeit wird ihm einmal die blinde Reaktion, die unreflektierte Reflexhandlung auf Befehle eingetrichtert, was ihn zu einem jederzeit verfügbaren Rädchen in der Militärmaschinerie macht, und zum anderen etwa vorhandene Renitenz gebrochen. Die der Grundausbildung folgende Zeit der Gammelei und des Trödelns wirkt dann nur noch korrumpierend. Man wähnt sich aus dem größten Dreck heraus und denkt nur noch ungern daran zurück. Die stumpfsinnigen und geisttötenden Tätigkeiten, wie Wacheschieben oder Waffenputzen tun zusammen mit der apolitischen und intelligenzfeindlichen Atmosphäre ein übriges. Das Resultat dieser 18 Monate Wehrdienst ist dann im allgemeinen umwerfend: Ein jeglicher demokratischer Ambitionen beraubtes, sich anpassendes und willig unterordnendes Individuum, das jetzt ein leichtes Werkzeug für die gesamtgesellschaftlichen Manipulations- und Integrationsmechanismen geworden ist.

Der zweite entscheidende Faktor für die innenpolitische Bedeutung der Bundeswehr liegt in ihrer durch die Notstandsgesetze definitiv manifestierten Funktion als Streikbrecher und Bürgerkriegsorganisation. Art. 87a der im Bundestag durchmanipulierten NS-Gesetze läßt keine Zweifel offen. Da heißt es im 3. Absatz, daß die Bundeswehr im Spannungsfall beim Schutz ziviler Objekte die Polizei unterstützen dürfe und im Absatz 4, daß sie auf Wunsch der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gruppen militärisch bewaffneter Aufständischer eingesetzt werden kann. Es braucht kaum darauf hingewiesen zu werden, wie leicht sich ein Spannungsfall konstruieren läßt und wie schnell aus einer zivilen Demonstration eine Horde bewaffneter Banditen gemacht werden kann. Die Tatsache ist, daß die NS-Gesetze der Bundeswehr auch den rechtlichen Rückhalt für ihre Klassenfunktion als mächtigste Stütze der Konterrevolution gegeben haben.

Und in der Tat, die Bundeswehrführung nimmt diese Aufgabe außerordentlich ernst. Schon lange vor der parlamentarischen Verabschiedung der NS-Gesetze bereitete sich die Bundeswehr intensiv auf ihren neuen Auftrag vor. Systematisch werden Rekruten für Hausdurchsuchungen und in der Vernehmungstechnik ausgebildet, und sie üben wie man Fabriken verteidigt und Streiks zerschlägt. Sie werden geschult für den Einsatz bei Saalschlachten, Krawallen und Straßenkämpfen der Außerparlamentarischen Opposition, und ihnen wird beigebracht, wie man gegen Demonstranten mit Schützenpanzern vorgeht.

2. ANTI-BUNDESWEHR-STRATEGIE

a. Bei einer ansatzweisen Konzipierung der Anti-Bundeswehr-Strategie muß davon ausgegangen werden, daß diese nur Teilstrategie im Rahmen der gesamtstrategischen Konzeption der revolutionären Bewegung in der Bundesrepublik sein kann. Es ist zu untersuchen, welchen Stellenwert eine mögliche Anti-Bundeswehr-Strategie innerhalb der Gesamtstrategie der Außerparlamentarischen Opposition einnehmen kann, vor allem, welche grundsätzlichen, schon im Ansatz zu überschauenden Unterschiede es zwischen der Zielrichtung z.B. im Kampf an der Universität und im Kampf gegen die Bundeswehr zu berücksichtigen gilt. Dabei ist prinzipiell folgendes festzustellen: Kampf gegen die Bundeswehr muß sich von vornherein als Kampf gegen ein Exekutivorgan der Konterrevolution verstehen. D.h. selbst im fortgeschrittensten Stadium der Konfrontationskampagne mit der Bundeswehr kann es nur darum gehen, den Herrschenden ein Instrument zur Zerschlagung der sozialistischen Revolution zu veruntauglichen, nicht aber unmittelbar Doppelherrschaft – etwa in Form sich aus der institutionellen Basis bildender direkt demokratischer Organisationstypen – zu errichten. Der Kampf gegen die Bundeswehr trägt schon im Ansatz rein einschränkenden Charakter, nicht aber gesellschaftlich antizipatorischen. Es geht nicht darum, die Bundeswehr

an der Basis zu demokratisieren. Nicht zuletzt die Bundeswehr-Analyse wird zeigen, daß die nationalen Streitkräfte schon von ihrer inneren Struktur her antidemokratisch und konterrevolutionär sind und niemals zu einer revolutionären Produktivkraft der sozialistischen Bewegung werden können. Der Kampf gegen die Bundeswehr darf nie strategisch verselbständigt schon als Kampf für eine neue Gesellschaft verstanden werden, sondern nur als integraler Bestandteil einer mittelfristigen APO-Strategie, deren Hauptaugenmerk sich notwendigerweise auf den direkten Bereich der Produktion richten muß (also Schule — Uni — Betrieb). Die eigentliche strategische Legitimation erfährt die Anti-Bundeswehr-Kampagne in der existenziellen Bedrohung, die die Streitkräfte für uns darstellen. Der Kampf gegen die Bundeswehr ist Kampf für die Existenz und Weiterentwicklung der sozialistischen Bewegung. Es ist eine hoffnungslose Illusion zu glauben, die Herrschenden würden in Momenten der unmittelbaren Bedrohung davor zurückschrecken, ihr potentiell mächtigstes Unterdrückungsinstrument einzusetzen.

Unter dem Aspekt der notwendigen Destruktivität der Anti-Bundeswehr-Kampagne, die ganz sicher nicht generelles Merkmal sozialistischer Aktion sein darf, muß dann auch die Anwendbarkeit der in anderen institutionellen Bereichen praktizierten taktischen Kampfformen und kurzfristigen strategischen Vorstellungen geprüft werden.

b. Ein Kernpunkt der Anti-Bundeswehr-Kampagne, die mit dem Ziel der Verunsicherung und Lähmung der Bundeswehr geführt wird, ist der Versuch, die Kriegsdienstverweigerung zu einer politischen Massenbewegung werden zu lassen. Es gilt, den ethisch-pazifistischen Naturschutzpark, den die Herrschenden den a priori als sektiererische Spinner diffamierten Kriegsdienstverweigerern als Alibi für ihre Liberalität nur allzu gern eingeräumt haben, zu sprengen, indem wir die Kriegsdienstverweigerung als Mittel der massenhaften Politisierung und Aktivierung und als Ausdruck einer politischen Entscheidung auffassen. Unter dem Einfluß objektiver Umstände (Vietnam, NS-Gesetze), sowie durch eine systematische Agitation gegen die Bundeswehr hat sich die Quote der Kriegsdienstverweigerer von ca. 1 % vor wenigen Jahren auf 10 % der Wehrpflichtigen erhöht. Dabei ist das Reservoir der potentiellen Kriegsdienstverweigerer, die entweder aus Gründen der Opportunität oder wegen mangelnder Information keinen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt haben, noch lange nicht erschöpft. Gerade an den Gymnasien ergeben sich für die Agitation für eine massenhafte Kriegsdienstverweigerung noch ungeahnte Möglichkeiten. Nicht umsonst gibt es sehr häufig in Klassen, in denen politisch bewußte Kriegsdienstverweigerer permanent agitieren, 60 - 70 % Schüler, die einen Antrag stellen. Was aber dieser personelle Ausfall für die hochtechnisierte Bundeswehr bedeutet, die ohnehin schon ständig unter akutem Offiziersmangel leidet, läßt sich leicht vorstellen.

Der zweite Aspekt, der sich durch die Kriegsdienstverweigerungs-Kampagne ergibt, sollte ebenfalls nicht unterschätzt werden. In der Kriegsdienstverweigerung liegt ein ausgezeichnete Ansatzpunkt für eine Politisierung und Aktivierung unpolitischer Schüler. Über die Kriegsdienstverweigerung ist zumal den sozialistischen Schülerorganisationen eine Möglichkeit gegeben, ihre verhängnisvolle Isolation von den Schülermassen wenigstens partiell zu überwinden, zu einer Verbreiterung ihres Aktionspotentials zu kommen und generell ihr Theorie-Praxis-Verhältnis entscheidend zu verbessern.

c. Der zweite Kernpunkt der Anti-Bundeswehr-Kampagne ist die Arbeit gegen die Bundeswehr von innen her, d.h. die Agitation in den Kasernen. Während die Kriegsdienstverweigerung vor dem Wehrdienst in der Hauptsache als Massenbewegung Effizienz in Bezug auf die partielle Paralisierung der Bundeswehr verspricht, läßt sich über die Agitation und Antragstellung während des Wehrdienstes auch schon mit geringem personellem Potential sehr viel mehr erreichen. Ziel der Arbeit in der Bundeswehr ist einmal die verstärkte Produktion von Kriegsdienstverweigerern, um damit die Unruhe in die Bundeswehr zu tragen, Teile der Rekrutenschaft zum Austritt aus der Bundeswehr zu veranlassen und durch den Fortfall ausgebildeter Soldaten einzelne Einheiten einsatzunfähig zu machen. Dadurch, daß die Kriegsdienstverweigerung für den Rekruten, der ständigen Repressionen und Schikanen in der Bundeswehr überdrüssig geworden ist, so ungefähr der einzige Weg ist, dem Kasernen-Alltag zu entkommen, gewinnt sie für ihn eine gewisse Attraktivität, auch wenn sie mit einigen Mühen verbunden ist. Andererseits ergibt sich über die Kriegsdienstverweigerung ein guter Ansatzpunkt zur Politisierung von Soldaten, da hier ein persönliches Interesse tangiert wird und Anlaß zur kritischen Reflexion des Bundeswehrdienstes gegeben ist. Dabei stellen sich für uns hier zwei ziemlich entscheidende Probleme: Einmal wird mit der unmittelbaren Bedrohung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung gerade in den Kasernen durch die Regierungsclique und ihre Militärschergen und durch die fortgesetzten angedrohten und tatsächlichen Schikanen, denen die Kriegsdienstverweigerer in der Bundeswehr ausgesetzt sind, der Kriegsdienstverweigerung einiges an Attraktivität genommen. Zum anderen aber erweist sich die Arbeit in den Kasernen immer wieder als ausgesprochen kurzfristig, da die Soldaten nach ihrer Antragstellung im allgemeinen entweder sehr bald entlassen werden oder aber von ihren Kameraden vollständig isoliert werden. Damit aber schwindet die Unruhe aus den Kasernen und die Arbeit beginnt von vorn.

Das bedeutet für uns, daß wir 1.) neben der Kriegsdienstverweigerung noch andere Ansatzpunkte für eine politisch langfristig effektive Arbeit in den Kasernen finden müssen und 2.) in der Bundeswehr selbst ständige Organisationsstrukturen schaffen müssen, etwa in der Form von

Basisgruppen oder Diskussionskreisen, die dann für eine permanente Unruhe in den Kasernen sorgen müssen.

Durch über das ganze Bundesgebiet ausgedehnte Aktionen gegen die Bundeswehr ist es daher notwendig, den direkten Kontakt zu den Soldaten herzustellen (das ist besonders gut möglich durch ständige Flugblattverteilung mit Hinweis aus Beratungsstellen in Kasernenorten) bzw. sich mit von Repressionen betroffenen Soldaten zu solidarisieren und durch systematische Schulung von Kadern innerhalb und außerhalb der Bundeswehr für die Agitation in den Kasernen bleibende Organisationszellen in den Streitkräften zu schaffen, die dann die Permanenz der Kasernenarbeit sichern könnten.

Neben der Kriegsdienstverweigerung empfiehlt sich als zweiter Ansatzpunkt für die Politisierung der Soldaten die planmäßige Ausnutzung des den Rekruten noch verbleibenden Freiheitsspielraums. Den Soldaten muß eine wirksame Ausnutzung ihrer im Wehrpflichtgesetz, in den Soldatengesetzen und den Zentralen Dienstvorschriften umrissenen Rechte beigebracht werden. Wir müssen also die Soldaten zu Wehrrechtsexperten machen! Durch ständiges Umherlaufen mit dem **Soldatengesetz unter dem Arm**, durch eine Flut von Beschwerden – (Anlaß gibt es immer, die Parole muß sein: Hast du heute schon deine Beschwerde geschrieben?) – können wir die Vorgesetzten verunsichern und zum Rotieren bringen und die Kasernenbürokratie hoffnungslos überlasten und damit lähmen. Ein Offizier, der sich nur noch mit der Beantwortung von Beschwerden befassen kann, ist ein guter Offizier! Wir bewirken außerdem bei den Soldaten eine Stärkung ihrer Selbstsicherheit gegenüber den Vorgesetzten, zersetzen damit autoritäre Strukturen und werden über eine extensive Nutzung rechtlich gesicherten Freiheitsspielraums und den darauf unweigerlich folgenden Repressionen und Beschneidungen der Rechtsbestimmung eine Politisierung größerer Kreise von Soldaten erreichen. Die Aufgabe der aus politisch bewußten Wehrpflichtigen zu rekrutierenden Kader muß es sein, die Rolle des Wehrfachmannes zu übernehmen, die Soldaten ständig auf ihre Rechte aufmerksam zu machen, die Politisierung der Soldaten durch permanente Diskussion über unmittelbar tangierende Mißstände voranzutreiben und schließlich, langfristig gesehen, Basisgruppen zu organisieren, die eine kollektive Praxis sichern.

Auf diese Weise haben wir auch über längere Distanz Chancen, eine ständige Unruhe in die Bundeswehr zu tragen und die unbedingte Verfügbarkeit und Verlässlichkeit der Rekruten zumal für den Einsatz im Inneren in Frage zu stellen.

Um ein sicheres Alibi für den geplanten Repressionen gegen die organisierte politische Kriegsdienstverweigerung zu haben, wird in letzter Zeit die Problematik der Sabotage in der Bundeswehr künstlich hochgepäpelt. Dabei schreit die bürgerliche Presse schon Zeter und Mordio, wenn sich eine Schraube von der Radkappe eines Lastwagens löst und hypostasiert östlich gesteuerte Sabotage, wenn ein Panzer, anstatt wie üblich lang-

sam, nun auf Grund verständlichen Pflegemangels etwas schneller rostet. Auch bei dem Überfall auf das Munitionsdepot in Lebach konnte sich des Straußens Bayernkurier nicht verkneifen, eine hinterhältige Verschwörung der Studentenschaft zu vermuten. Man sieht allenthalben: Die Herrschenden versuchen mit allen Mitteln die linke Bewegung zu kriminalisieren, sei es durch ständige Diffamierung oder sei es durch bewußte Manipulation.

Zur Sabotage in den Kasernen muß nun folgendes gesagt werden: Prinzipiell kann und wird Sabotage die Funktion haben, zum einen bestimmte Teile der mobilisierbaren Öffentlichkeit verstärkt auf das Problem des rapiden Faschisierungsprozesses in der Bundeswehr, sowie auf die unmittelbare Bedrohung des Grundrechtes auf Kriegsdienstverweigerung aufmerksam zu machen. Zum anderen läßt sich durch Sabotage die Einsatzfähigkeit der Streitkräfte für eine ganz konkrete Situation (z.B. für den inneren Notstand) vermindern und partiell paralysieren.

In der heutigen Phase des Kampfes gegen die Bundeswehr, – die sich dadurch auszeichnet, daß weiteste Kreise der Außerparlamentarischen Opposition (bis auf hin und wieder, als Beweis für die eigene Radikalität abgelegte, rein verbal gebliebene Lippenbekenntnisse gegen die Bundeswehr) nicht im entferntesten bereit sind, auch praktisch an der Anti-Bundeswehr-Kampagne zu partizipieren, die sich außerdem dadurch auszeichnet, daß breite Teile der potentiell politisierbaren Gruppen der durch die CSSR-Ereignisse neu beschwingten Verteidigungsideologie der Herrschenden auf den Leim gegangen sind und die sich nicht zuletzt dadurch auszeichnet, daß wir bislang nur äußerst unzureichend in den Kasernen Fuß fassen konnten, – in dieser derzeitigen Phase der Konfrontation also hat Sabotage in den Kasernen schwerlich eine progressive politische Funktion. Eine systematisch propagierte und organisierte Sabotagekampagne würde uns von einem Teil unserer Basis, den potentiell politisierbaren Kriegsdienstverweigerern, völlig isolieren und außerdem, was wesentlich gefährlicher wäre, eine Welle der Solidarisierung der Rekruten mit ihren Vorgesetzten hervorrufen, die dann unsere langfristig subversive Arbeit in den Kasernen gänzlich unmöglich machen würde.

Wir dürfen also über die pseudo-radikalen Resolutionen und Ankündigungen gegen die Bundeswehr von Teilen der Außerparlamentarischen Opposition, – deren Wirkung uns dann in unserer praktischen Arbeit im allgemeinen mehr schaden als nutzen, weil sie eine revolutionäre Entscheidungssituation zu einer Zeit provozierten, da wir objektiv in keiner Weise darauf vorbereitet sind, die den Herrschenden billige Argumente liefern, unsere Gefährlichkeit zu übertreiben, um uns dann um so besser zerschlagen zu können – diese Verbalradikalitäten dürfen uns nicht verwirren. Wir müssen sehr genau das Theorie-Praxis-Verhältnis untersuchen, das große Worte gerade von prominent gemachten APO-Genossen begleitet, um uns die realen Machtverhältnisse, die entschei-

dend bei der praktischen Arbeit einkalkuliert werden müssen, bewußt machen zu können.

In Bezug auf die Sabotage ist also festzustellen, daß sie in der derzeitigen konkreten Situation aller Voraussicht nach konterrevolutionäre Funktion hätte. Dennoch muß die Problematik der Sabotage, zumal mit den Kadern und politisierten Rekruten diskutiert werden, um breiteren Soldatenkreisen die Möglichkeit der Sabotage nahezubringen, was die Voraussetzung für ihre Realisierung in bestimmten Situationen ist. Man sollte sich vor allem nicht nur auf die momentane Spontaneität verlassen, sondern sollte die Sabotageproblematik stets auf ihren politischen Stellenwert in veränderten Situationen untersuchen.

3. TAKTIK DER ANTI-BUNDESWEHR-KAMPAGNE

a. Um eine wirkliche Politisierung und Aktivierung breiterer Kreise über die Kriegsdienstverweigerung zu erreichen, ist es sinnvoll, an den einzelnen Schulen entweder auf Klassen- oder auf Oberstufen-Basis Arbeitsgruppen, die sich intensiv mit den Problemen der Kriegsdienstverweigerung und der Bundeswehr befassen, zu organisieren. Dabei sollte man bestehende und vielleicht kaum noch funktionierende Strukturen mit berücksichtigen. (z.B. Polit-AG's, Arbeitskreise, etc.).

Wichtig ist vor allem eine gute Vorbereitung des Kriegsdienstverweigerungs-Arbeitskreises. Es müßte sich eine Schülergruppe schon vorher eingehend über die rechtlichen und argumentativen Probleme der Kriegsdienstverweigerung informieren und Organisation und Ablauf des Arbeitskreises diskutieren. Außerdem muß der Schülerschaft eindrücklich klargemacht werden, daß sie 18 Monate beim Barras zu verbringen hat, was sie beim Barras erwartet und daß es über die Kriegsdienstverweigerung eine Möglichkeit gibt, sich um die ganze Angelegenheit zu drücken. Die emotionale Aversion gegen die Bundeswehr, die sich bei weitem nicht nur auf die politisierten Schüler beschränkt, muß systematisch verstärkt werden.

Das läßt sich erreichen:

über Schmuckaktionen. Schmucktrupps verzieren die ganze Schule mit Parolen wie Bundeswehr-Notstandsheer oder 18 Monate im Dreck kriechen? — Lieber den Kriegsdienst verweigern etc. Dabei sollte sich der Schmucktrupp möglichst nicht aus den Schülern der jeweiligen Schule zusammensetzen, um notfalls eine sichere Distanzierung abgeben zu können und unnötige Gefährdung zu vermeiden.

über Happenings auf dem Schulhof. Es sollte dabei versucht werden, die Bundeswehr nach Kräften lächerlich zu machen.

über Artikel in der Schülerzeitung und über Flugblätter. Hierbei sollte

inhaltslich auf die Bundeswehr-Problematik eingegangen werden. Vor allem aber muß die Legende vom Irre pflegenden Ersatzdienstleistenden durch detaillierte Gegeninformation über den Ersatzdienst abgebaut werden.

über teach-ins, entweder in den Schulpausen oder als Pflicht für die Oberstufenschüler, deklariert als Informationsstunde über das Grundgesetz, während der Unterrichtszeit. Es sollte hier die Aversion gegen die Bundeswehr, beispielsweise durch detaillierte Schilderungen über die Schleifpraktiken frustrierter Unteroffiziere, durch Hinweise auf die autoritäre Struktur in der Bundeswehr, auf Nazis in der Militärführung, gestärkt werden.

Wichtig bei allen Vorbereitungen dieser Art ist, daß das Informationsbedürfnis der Schüler nur angeregt, nicht aber schon befriedigt wird, damit sie auch die Notwendigkeit des Arbeitskreises über die Kriegsdienstverweigerung begreifen.

Die Thematik des Arbeitskreises muß sich nach ihrer Zusammensetzung richten. Da aber im allgemeinen mit einer starken Beteiligung relativ unpolitischer Schüler gerechnet werden kann, sollte man die rein politische Fragestellung nicht sofort in den Vordergrund des Arbeitskreises stellen.

Folgende Thematik könnte in einem Arbeitskreis über Kriegsdienstverweigerung behandelt werden:

A. Allgemeine Themen:

Information über das Recht auf Kriegsdienstverweigerung

Begründungsmöglichkeiten des Antrages

(Taktik der Antragstellung)

Testveranstaltung

(Simulation einer Verhandlung vor dem Prüfungsausschuß)

Vorbereitung einer Diskussion mit einem Bundeswehr-Offizier

Diskussion Kriegsdienstverweigerer und Offizier (möglichst über ein politisches Thema)

Diskussion des allgemein-politischen Stellenwertes der Kriegsdienstverweigerung.

Diese allgemeinen Themen sollten nicht hintereinander, sondern verteilt über die Dauer des Arbeitskreises behandelt werden. Gerade Testveranstaltungen und Diskussionen mit Offizieren können Arbeitskreise vor dem Einschlafen bewahren und dem Arbeitskreis neues Potential dazugewinnen.

B. Taktische Probleme:

Über das Gewissen

Staatsnotwehr und individuelle Notwehr

Gewaltlosigkeit
Abrüstungskonzeptionen
Krieg und Befreiungskampf

Diese Themen werden sehr häufig auf primitivstem Niveau vor den Prüfungsausschüssen diskutiert. Sie sind im allgemeinen für Anerkennung oder Nichtanerkennung von primärer Bedeutung. Die Themen lassen sich ohne große wissensmäßige Voraussetzungen im allgemeinen sehr gut diskutieren und bieten gute Ansatzpunkte zur Politisierung der Arbeitskreis-Teilnehmer.

C. Themen zum ökonomischen Aspekt:
Gesellschaftspolitische Folgen der Rüstung
Konjunkturelle Bedeutung der Rüstung

D. Themen zum Problem des Krieges:
Geschichte des Krieges
Gesicht des modernen Krieges
Ursachen der Kriege

E. Themen zum außenpolitischen Aspekt:
Gibt es eine kommunistische Aggression?
Hat die Bundeswehr eine Schutzfunktion?
Die außenpolitische Bedeutung der Bundeswehr

F. Themen zum innenpolitischen Aspekt:
Der Faschisierungsprozeß der Bundesrepublik am Beispiel der Bundeswehr
Bundeswehr und Anti-Kommunismus
Bundeswehr als autoritäre Schule der Nation
Integrationsmechanismen in der Bundeswehr
Bundeswehr als Streikbrecher und Bürgerkriegsorganisation

G. Themen zum Problem der Nato:
Kritik der Natostrategie
Zum Prinzip der friedlichen Koexistenz
Nato – Internationale Unterdrückung

Ein wichtiger Punkt in der Entwicklung des Arbeitskreises ist die Realisierung eines vernünftigen Theorie-Praxis-Verhältnisses. Rein theoretisch bleibende Arbeitskreise werden sich auf die Dauer kaum halten und sind vor allem politisch relativ ineffektiv.

Aus den Arbeitskreisen müssen sich in Zusammenarbeit mit etwaigen anderen an der Schule existierenden Schülerzirkeln Projektgruppen bilden, die die unmittelbare Übertragung der geleisteten theoretischen Arbeit in die Praxis übernehmen. Neben Projektgruppen für Schülerpro-

bleme (Notendiktatur-SMV- etc.) müßte sich auch eine Projektgruppe Bundeswehr aus dem Arbeitskreis entwickeln. Aufgabe dieser Projektgruppe Bundeswehr wäre erstens die fortgesetzte Agitation über die Kriegsdienstverweigerung und gegen die Bundeswehr an den jeweiligen Schulen (teach-ins, Umfunktionierung von etwaigen Bundeswehr-Veranstaltungen, Flugblattverteilungen etc., sowie eventuell die Gründung neuer Arbeitskreise über die Kriegsdienstverweigerung); zweitens müßten die Projektgruppen Bundeswehr Aktionen gegen die Bundeswehr und ihre zivilen Ableger in enger Verbindung mit, sofern vorhanden, Projektgruppen anderer Schulen und in Zusammenarbeit mit entsprechend arbeitenden Organisationen durchführen. Drittens hätte die Projektgruppe Bundeswehr die Schulung von Kadern für die Arbeit in den Kasernen und im Ersatzdienst zu übernehmen.

b. Bei der Behandlung der Anti-Bundeswehr-Strategie wurde schon auf die Notwendigkeit, systematisch und im größeren Umfang politisch bewußte Kader in die Bundeswehr einzuschleusen, hingewiesen. Dabei reicht es nicht, daß diese Kader gute Sozialisten sind und sich in jeder Situation als solche erweisen, sondern es ist gerade eine gründliche Vorbereitung auf die Kasernenarbeit notwendig.

Es ist weder sinnvoll, sofort zu Beginn der Wehrdienstzeit einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung zu stellen, noch sich als Sozialist zu artikulieren oder von vornherein als Clown der Kaserne den Dienst zu verlächerlichen. Alles dies wirkt isolierend, baut unnötige Barrieren zwischen Kader und den Soldaten auf. Dagegen ist es wichtig, ein persönliches Vertrauensverhältnis zu den Soldaten der näheren Umgebung herzustellen. Das läßt sich erreichen durch Hilfeleistung bei der Ausarbeitung von Referaten für den Polit-Unterricht, durch rechtliche Unterstützung bei der Anfertigung von Beschwerden, durch Diskussion über deutliche, den Soldaten unmittelbar tangierende Repressionen und Schikanen etc. Hierin liegt dann auch schon die Möglichkeit einer allmählichen Politisierung, weil sich etwa im undemokratischen Verhalten der Vorgesetzten Strukturen in der Bundeswehr verdeutlichen lassen und Ansatzpunkte für die Schaffung eines kritischen Problembewußtseins liegen.

Erst auf der Grundlage eines persönlichen Kontakts zu den Soldaten der Einheit können sich später Diskussionszentren bilden, die sich dann auch nach außen artikulieren und nur noch bedingt verfügbar für den Militärapparat sind.

Glaubt der Kader die Grenzen einer möglichen Agitation in der Kaserne erreicht zu haben oder fehlen in seiner näheren Umgebung jegliche Ansatzpunkte hierfür, so wird er einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellen. Das kann unter Umständen bei geschicktem Vorgehen einen erheblichen Imitationseffekt haben. Nicht ohne Grund lösen Kriegs-

dienstverweigerungs-Anträge einzelner Soldaten wahre Kettenreaktionen aus (stellenweise über 30 Anträge in einer Kompanie).

Wie die systematische Vorbereitung auf die Kasernenarbeit, so bedarf auch die Kaderarbeit im Ersatzdienst einer vorhergehenden Reflexion. Erstens muß der Kader für die Politisierung der übrigen Ersatzdienstleistenden in seiner Dienststelle sorgen. Die Voraussetzung, daß Ersatzdienstleistende Kriegsdienstverweigerer und ergo politisch bewußt wären, ist absolut illusionistisch. Kriegsdienstverweigerer unterscheiden sich vom Normalbürger sehr oft nur dadurch, daß sie eben den Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt haben. Ansatzpunkte für die Kriegsdienstverweigerung bietet einmal die ständige Diskussion der gesellschaftlichen Implikation der Kriegsdienstverweigerung, zum anderen der Kampf gegen konkrete Mißstände im Ersatzdienst, wie autoritäre Gruppenführer, schlechte Unterbringung, schlechtes Essen etc.

Dabei darf sich die Arbeit des Kadern nicht nur auf die Agitierung der beschränkten Anzahl von Ersatzdienstleistenden seiner Gruppe reduzieren. Hat er sich erst einmal einen aktiven, politischen Kern geschaffen, sollte sich diese Gruppe in erster Linie als Aktionszelle der Außerparlamentarischen Opposition verstehen. Ständige Agitation vor etwa in näherer Umgebung liegenden Kasernen, Einrichtung von Beratungsstellen über Kriegsdienstverweigerung, sollte es solche am Ort nicht geben, Kontakt mit linken Organisationen, Vorbereitung und Durchführung gemeinsamer Aktionen, das alles kann unter den Tätigkeitsbereich einer Ersatzdienst-Gruppe fallen. Da ein Großteil der Ersatzdienststellen in der finsternen Provinz liegen, werden unter Umständen überhaupt keine linken Organisationen vorhanden sein. Revolutionierung der Provinz, Politisierung, Aktivierung und Organisierung des vorhandenen linken Potentials muß dann ebenfalls von der Ersatzdienst-Gruppe übernommen werden.

Außerdem ist eine Politisierung der Basis, in der die Ersatzdienstler arbeiten, also der Krankenschwestern, Arbeiter, Angestellten etc. durch gezielte Aktionen, beispielsweise durch Solidarität mit Forderungen von Teilen der Basis, anzustreben.

Beide Aufgaben, die Schulung der Kader für die Bundeswehr und den Ersatzdienst müssen von den linken Schülerorganisationen, den Arbeitskreisen und Projektgruppen an den Schulen etc. systematisch wahrgenommen werden!

c. Die direkten Aktionen gegen die Bundeswehr kann man unterscheiden in:

A. Aktionen gegen die zivilen Ableger der Streitkräfte

Erfassungsaktion

Auf die Aufforderung zur Erfassung reagiert man solange nicht, bis die Einladung per Einschreiben kommt.

Musterungsaktion

Genauso wie bei Eignungsprüfungen, Intelligenztests etc. kann man den Ablauf der Musterung empfindlich stören. Grob skizziert ergeben sich folgende Möglichkeiten:

KREISLAUFTEST — man bekommt nach der ersten Kniebeuge einen Herzanfall und fällt erschöpft zu Boden.

SEHTEST — Man sieht prinzipiell nur rot und 13.

HÖRTEST — Man hört entweder überhaupt nichts oder die Schreie Napalm-geschädigter Kinder.

URINTEST — Man kann nicht müssen (Man hat halt erst vor kurzer Zeit)

AUSZIEHEN — Man stript nicht vor anderen Leuten etc.

Durch diese Happenings bringt man den Musterungsbetrieb durcheinander. Die meisten erzeaktionären Ärzte, deren Heilpraktiken darin bestehen, alles was noch halbwegs krepieren kann zum Barras zu schicken, bedienen sich der unterwürfigen Ängstlichkeit der zu Musternden, die sich noch Illusionen über ihre etwaige Untauglichkeit machen. Kasernen-ton ist dabei absolut üblich.

Wichtig für die Effektivität der Musterungsaktionen ist, daß sie kollektiv organisiert werden. Dadurch werden die Musterungsbehörden relativ machtlos, und eine ernsthaftere Behinderung des Musterungsapparates und damit auch des Bundeswehr-Nachschubs tritt ein. Es sollte auch während der Musterung unbedingt versucht werden, die Jugendlichen, die zur gleichen Zeit gemustert werden sollen, ebenfalls für diese Art Musterungsboykott zu gewinnen. Für Agitation ist zwischen den einzelnen Tests und Untersuchungen im allgemeinen genügend Zeit.

Die Aktionen gegen die zivilen Exekutivorgane der Bundeswehr müssen als stellvertretend für den Kampf gegen die Bundeswehr selbst aufgefaßt werden und auch entsprechend motiviert werden. Es gilt, den engen Zusammenhang, die lückenlose Komplizität zwischen Militär und Zivilbürokratie zu entlarven, konkrete Mißstände anzuprangern (z.B. Korruption oder Schikanen bei der Musterung) und das reibungslose Zusammenspiel von Militär und Zivilapparat massiv zu unterbrechen.

Öffentlichkeit in die Prüfungsausschüsse tragen!

Seit Jahren werden die Kriegsdienstverweigerer nach ihrer Antragstellung vor Ausschüsse zitiert, in denen mittelalterliche Bürokraten sich anmaßen über Gewissen oder Nicht-Gewissen der Antragssteller entscheiden zu können. Das Frage- und Antwortspiel dieser Inquisitionsverhandlung befindet sich im allgemeinen auf einem deprimierenden Niveau und ermangelt nicht der haarsträubendsten Gedankenkonstruktionen, die den Delinquenten überlisten und ihn als einen Kriegsdienstverweigerer aus gewissen Gründen entlarven sollen. Gedeckt durch das WPfG § 26 finden diese Verhandlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Dem gilt es abzuwehren. Schon eine relativ kleine Gruppe vermag den Prüfungsausschuß zu sprengen, indem sie Öffentlichkeit in die Ver-

handlung trägt und den Prüfungsausschuß-Vorsitzenden in eine Diskussion über dessen inhaltliche Legitimation als Gewissensforscher verwickelt. Voraussetzung für das go-in in die Prüfungsausschüsse ist der Kontakt mit dem jeweiligen Antragsteller, wie die Kenntnis möglichst vieler Termine. Mit dieser Aktion kann dann die Fragwürdigkeit der Inquisitionsverhandlungen ins allgemeine Bewußtsein gebracht werden, ihre abschreckende Funktion entlarvt werden, der Ablauf der Prüfungsausschuß-Verhandlungen unterbrochen werden, was erfahrungsgemäß zu unreflektierten Repressionen und einschlägigen Äußerungen führt. Auch hier wird sich allerdings nur durch ständige Besuche bei den Prüfungsausschüssen in möglichst vielen Orten, d.h. über eine kollektive Organisation der Aktionen, wirkliche Effektivität erreichen lassen.

B. Aktionen gegen die Streitkräfte

Flugblattaktionen vor Kasernen:

Eine der wichtigsten und effektivsten Aktionsformen ist die permanente Agitation mit gezielten Flugblättern vor Kasernen. Schon mit 4 Leuten läßt sich eine Kaserne versorgen — 2 Mann verteilen, 2 Mann übernehmen die Diskussion.

Bei der Flugblattgestaltung ist es notwendig, daß eine Adresse, eine Organisation angegeben wird, an die sich interessierte Soldaten wegen Information und Beratung über die Kriegsdienstverweigerung wenden können. Der Inhalt der Flugblätter sollte in erster Linie Informationen über die Kriegsdienstverweigerung und das Wehrrecht enthalten. Es ist ein unbedingter Fehler zu glauben, man könne mit einem Flugblatt Soldaten inhaltlich überzeugen und politisieren und müsse daher um jeden Preis eine niveauvolle politische Aussage in das Flugblatt einbauen. Vielmehr zeigt die Erfahrung derjenigen Gruppen, die diese Flugblattverteilung schon seit längerer Zeit durchführen, daß Flugblätter, die sich auf konkrete Mißstände in der Kaserne (faschistische Offiziere, übermäßige Schikanen, Kriegsdienstverweigerer im Bau etc.) oder auf den allgemeinen Mißmut der Soldaten über den Bundeswehr-Dienst beziehen und außerdem einen stark informativen Gehalt besitzen, die beste Resonanz finden.

Hauptfunktion dieser Flugblattaktionen vor Kasernen, die in der Regel am Freitagnachmittag oder Sonntagabend durchgeführt werden müssen, ist, neben der Informierung der Soldaten über ihre Rechte, sowie der zunächst emotionalen Teilpolitisierung der Soldaten, die Kontaktaufnahme zu der jeweiligen Kaserne. Auf Grund eben solcher Flugblattverteilungen hat der Verband der Kriegsdienstverweigerer-Frankfurt Verbindung mit Soldaten aus fast allen hessischen Kasernen bekommen, kann der Verband der Kriegsdienstverweigerer eine ausgesprochen wirkungsvolle Zusammenarbeit mit den politisierten Soldaten bei der Agitation vor und in den Kasernen organisieren, besitzt annähernd gleich gute Information

über die Situation und Vorgänge in einem Großteil der Kasernen wie die Kasernenkommandeure etc. Es hat sich außerdem herausgestellt, daß Flugblattaktionen mit relativ kleinem Aufwand große Unruhe in die Kasernen tragen. Es fängt schon bei der Flugblattverteilung selbst an. Fast jedesmal erscheinen Polizei, wütende und drohende Offiziere und sehr zu deren Ärger diskussionswillige Soldaten. An einigen Kasernen wurden Flugblattverteiler durch von höherer Seite her organisierte Schlägertrupps in Uniform oder Zivil vertrieben, wobei die Polizei sich stets als taub, blind und stumm zu erweisen pflegte. Bei vorheriger Ankündigung der Aktion kommt es zu oft grotesken Gegenmaßnahmen der Militärbürokratie. Stacheldrahtrollen, Ölwannen, Wasserwerfer, Alarmzüge ausgerüstet mit Tränengas etc., Diskutierverbote, Ausgangssperren, zeitliche Ausgangsverschiebungen für Soldaten, all diese Reaktionen der Kasernenfürsten haben bislang den Flugblattverteilern mehr geholfen als geschadet und vor allem die aufschlußreiche Angst der Militärbonzen vor der Informierung der Soldaten über ihre Rechte verdeutlicht. Obwohl sich einige Kriegsdienstverweigerungs-Gruppen und wenige linke Organisationen um eine ständige möglichst umfassende Agitation vor allen Kasernen bemühten, war bislang deren Potential bei weitem zu klein, um eine permanente Unruhe in alle Kasernen zu tragen. Daher müßten auch gerade sozialistische Schülergruppen die dauernde Betreuung der Kasernen in der näheren Umgebung übernehmen, Beratungsstellen für Soldaten einrichten und versuchen, Verbindung in die Kaserne zu bekommen.

Briefaktionen:

Hat man Vertrauensleute in den Kasernen, so lassen sich ziemlich leicht die Namen der Soldaten der jeweiligen Einheit bekommen. Als außerordentlich wirkungsvoll, teils wegen der Reaktion der maßlos überraschten Kasernenbürokratie, teils wegen des positiven Echos aus Teilen der Soldatenschaft, haben sich dann Briefaktionen erweisen, bei den man z.B. sämtliche Bataillonsangehörigen, inklusive der Offiziere vom Leutnant bis zum General, Informationsmaterial über die Kriegsdienstverweigerung zuschickt.

Einberufungsaktionen:

Zu jedem Quartal werden Tausende von Wehrpflichtigen neu zur Bundeswehr gezogen. Ein Großteil von ihnen wird zu Sammeltransporten an größeren Bahnhöfen zusammengefaßt und in die Kasernen verfrachtet. Diese frischgebackenen Rekruten müssen nun durch Flugblätter über die Kriegsdienstverweigerung für die Reise zur Bundeswehr-Kaserne versorgt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Flugblattverteilung auf den Bahnhöfen verboten ist und alle Bahnpolizisten und PoPos versuchen, die Aktion zu unterbinden.

Umfunktionierung von Bundeswehr-Veranstaltungen:

In Hessen führt die Bundeswehr seit einiger Zeit keine öffentlichen Heerschauen mehr durch. Die letzte dieser Art wurde abgebrochen. Von Ort zu Ort zog ihr nämlich eine Gruppe vom Verband der Kriegsdienstverweigerer hinterher, störte dabei pathetische Reden von Militär- und Lokalbonzen, verlieh Offizieren unerwünschte Papporden, hielt die Besucher durch Stinkbomben vom Aufenthalt in Panzern und Ausstellungszelten ab, verteilte Flugblätter etc.

Auch die letzte öffentliche Vereidigung von Rekruten in Michelstadt verlief nicht in der vorgesehenen Weise. Ca. 100 extra aus Frankfurt angereiste Kriegsdienstverweigerer sorgten im Verein mit Schülern aus Michelstadt für eine unerwartete Störung. Höhenraketen wurden gezündet, ein undeutscher Gegeneid durch Sprechchöre verhunzte selbst den allerheiligsten Augenblick des kollektiven Eidschwures und während des Deutschland-über-alles-Liedes hörte man allenthalben humba humba täteräh. Schließlich mußte die Polizei eingreifen und in trauriger Zusammenarbeit mit der Militärpolizei und besonders eifrigen Offizieren die Umfunktionierer vom Platz verdrängen.

Ob Heerschauen, Paraden, Rekrutenvereidigungen oder sonstige Werbeveranstaltungen der Bundeswehr stattfinden, alle öffentlichen Veranstaltungen der Bundeswehr müssen gestört und umfunktioniert werden. Der Bundeswehr müssen ihre Bestrebungen, sich zumal bei der Jugend anzubiedern, gründlich verleidet werden!

Militante Aktionen vor Kasernen:

Militante Aktionen vor Kasernen haben prinzipiell nur dann positive Wirkung, wenn ihre Legitimation breiteren Soldatenkreisen verständlich gemacht werden kann und wenn sie nicht die Gefahr einer Solidarisierung von Mannschaften mit Offizieren provozieren.

Einsichtiger Grund für sit-ins, teach-ins, Blockaden, provokative Aktionen etc. sind offenkundige Mißstände in der Kaserne, Schikanen gegen einzelne Soldaten oder die Arretierung von Kriegsdienstverweigerungs-Soldaten. Gerade im letzten Fall bewirken solche Solidarisierungsaktionen mit von undemokratischen Repressionen betroffenen Kriegsdienstverweigerern bei diesen das Bewußtsein der unmittelbaren Unterstützung durch Gleichgesinnte und beweisen den anderen Soldaten, daß sie im Falle ihrer Kriegsdienstverweigerung nicht auf sich allein gestellt sind. Zu allen Anti-Bundeswehr-Aktionen, gerade aber zu der ständigen Flugblattverteilung und Agitation vor den Kasernen, ist zu bemerken, daß sie, um die Bundeswehr ernstlich und langfristig zu gefährden, systematisch im ganzen Bundesgebiet durchgeführt werden müssen. Partizipation aller linken Organisationen, vor allem auch der sozialistischen Schülergruppen ist daher unbedingt notwendig. Auf die zentrale, bundesweite Konterrevolution ist die systematische, bundesweite Gegenaktion der revolutionären Kräfte die einzig adäquate Antwort!

4. KOORDINATION

Eine wirkungsvolle Anti-Bundeswehr-Kampagne bedarf der regionalen und überregionalen Koordination. Auf der regionalen Ebene muß die direkte praktische und theoretische Zusammenarbeit aller an der Anti-Bundeswehr-Arbeit partizipierenden Gruppen organisiert werden. Auf Regionalkonferenzen muß die Anti-Bundeswehr-Strategie und Taktik diskutiert und weiterentwickelt werden und konkrete gemeinsame Aktionen vorbereitet werden. Auf der überregionalen Ebene müßte ein ständiger Erfahrungsaustausch und eine regelmäßige und gründliche Kommunikation zwischen den einzelnen Gruppen sichergestellt werden. Zu Detailfragen sollten sich die Gruppen – bezüglich der praktischen Erfahrung im Kampf gegen die Bundeswehr, der Organisation und Durchführung von Kriegsdienstverweigerungs-Arbeitskreisen, in rechtlichen Problemen etc. – direkt an den Verband der Kriegsdienstverweigerer-Ffm. Adalbertstraße 28, Tel.: 77 50 94 wenden.

Anschriften der Regionalzentralen und Projektzentralen:

REGIONALZENTRALE NORD: Verband der Kriegsdienstverweigerer
2 Hamburg 39, Rondeel 25

REGIONALZENTRALE WEST: Verband der Kriegsdienstverweigerer
Nils Nagel, 53 Bonn, Weiher Straße 2

REGIONALZENTRALE MITTE: Verband der Kriegsdienstverweigerer
6 Frankfurt 90, Adalbertstraße 2

REGIONALZENTRALE SÜDWEST: Verband der Kriegsdienstverweigerer,
65 Mainz, Leichhofstraße 12

REGIONALZENTRALE SÜD: Verband der Kriegsdienstverweigerer
7 Stuttgart, Filderstraße 63

REGIONALZENTRALE BAYERN: Verband der Kriegsdienstverweigerer
8 München 2, Blumenstraße 13

PROJEKTZENTRALE ERSATZDIENST: Verband der Kriegsdienstverweigerer,
Bonn

PROJEKTZENTRALE RECHTSINFORMATION: Verband der Kriegsdienstverweigerer,
Mainz

PROJEKTZENTRALE BUNDESWEHR: Verband der Kriegsdienstverweigerer,
Frankfurt

PROJEKTZENTRALE SCHULEN: Verband der Kriegsdienstverweigerer
Stuttgart

DIE PROJEKTZENTRALE WILL EIN VERZEICHNIS ALLER KASERNEN
DES BUNDESGBIETES ERSTELLEN.

WIR BITTEN DAHER ALLE LESER DIESER FLUGSCHRIFT, UNS
SCHNELLSTENS MITZUTEILEN

1. welche Kasernen an ihrem Ort oder in ihrer Umgebung liegen,
(Name und Anschrift),
2. welche Verbände diese Kasernen "beherbergen",

3. wie groß die "Belegung" ist (ungefähr),
4. ob sich in der Kaserne Grundausbildung befindet,
5. eventuell: wieviele Ausgänge die Kaserne hat, wo der militärische Sicherheitsbereich beginnt, ob Aktionen schon stattgefunden haben, ob es Kontakte in die Kaserne gibt.

Voltaire Flugschriften herausgegeben von der Projektgruppe Edition Voltaire in der Edition Voltaire, Berlin copyright 1969 by Edition Voltaire

Die Projektgruppe fordert Autoren und politisch arbeitende Gruppen zur Einsendung von Manuskripten und Vorschlägen auf, bemerkt jedoch, daß solche Einsendungen nicht immer kommentiert oder zurückgeschickt werden können. Die Anschrift der Redaktion ist: Edition Voltaire 1 Berlin 36, Kottbusser Str. 23

Herstellung: Druck + Verlag Westberlin, Satz: Hannes Schwenger
1. – 5. Tausend 1969